



Ein Themenheft der



„GEBT DEN KINDERN DAS KOMMANDO ...“

Kolpingjugend und Politik

Herausgeber:

Kolpingwerk Deutschland

Redaktion:

Petra Prigge, Andreas Finke, Kirstin Kettrup, Mathias Owerrin

Graphische Gestaltung/ Illustration:

Atelier Zalfen, Marmagen

Druck:

Druck Center Meckenheim



Themenheft 12 der



Referat Jugendarbeit, Kolpingplatz 5 - 11, 50667 Köln Tel.: 0221/20701-169,
Fax: 0221/20701-38, Email: jugend@kolping.de, <http://www.kolping.de/jugend>

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des BMFSFJ.

Vorwort	5
1. Einleitung	6
2. Grundlagen	7
2.1 Politik - eine Begriffsbestimmung	7
2.2 Politische Weltanschauungen	12
2.3 Aufgaben und Rolle der Parteien in Deutschland	20
3. Jugend und Politik	25
3.1 Jugendpolitik	25
3.2 Jugend und direkte Demokratie	28
3.3 In Berlin mitmischen!!!	34
4. Kolpingjugend und Politik	38
4.1 Was hat Kolpingjugend mit Politik zu tun?	38
4.2 Wie handelt die Kolpingjugend politisch?	43
4.3 Praxisbeispiele	45
Erschienene Themenhefte	66

VORWORT DER BUNDESLEITUNG

„Leben, Lehre und Auftrag Jesu Christi sind für uns Grundlage und Orientierung.“ „Adolph Kolping und sein Einsatz für den Menschen sind Vorbild für unser Denken und Handeln.“ „Wir übernehmen für uns selbst und für andere Verantwortung. Wir setzen uns für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein.“

Dies sind ein paar der Aussagen aus den Leitsätzen, auf die sich die Kolpingjugend unlängst auf ihrer Bundeskonferenz verständigt hat. Entgegen einer allgemein festzustellenden Politikverdrossenheit engagiert sich Kolpingjugend auch politisch, wie z.B. in der AG Jugend und Politik, und unternimmt so konkrete Schritte, die Anliegen Jugendlicher in der Gesellschaft zur Sprache zu bringen. Was alles zur Politik gehört und wie Politik sogar Spass machen kann, wollen wir u.a. mit diesem Themenheft zeigen. Mit den Leitsätzen und dem dahinter stehenden Engagement vieler Mitglieder der Kolpingjugend wollen wir zeigen, dass es wichtig ist, mitzuwirken, mit zu reden und mit zu gestalten bei dem, was jedes Kind und jeden Jugendlichen betrifft.

Trotz zunehmender Individualisierungsprozesse, gesellschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten und demographischer Entwicklungen, die u.a. ein politisch wirksames Engagement Jugendlicher erschweren, wollen wir mit diesem Themenheft ein Zeichen setzen und Hilfen geben, damit wir auch in Zukunft „handeln statt behandelt zu werden“.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Verfassern von themenspezifischen Beiträgen in diesem Heft. Dies sind: Gaby Hagemann, BDKJ-Bundesvorsitzende, Dr. Michael Hanke, Bundessekretär im Kolpingwerk Deutschland, Josef König, Referent an der BDKJ-Bundesstelle und Michael Effler, Sprecher der Initiative „Mehr Demokratie e.V.“

Möge dieses Themenheft ein Beitrag zu einem Brückenschlag zwischen Jugendlichen und Politik sein, so dass auch in Zukunft die Interessen von Kindern und Jugendlichen von diesen selbst und für sie wirksam vertreten werden.

Köln, im Dezember 2001

Die Bundesleitung der Kolpingjugend



Christiane Mittermaier
Bundesleiterin



Brigitte Scharlau
Bundesleiterin



Mathias Owerrin
Bundesleiter



Bundespräsident Alois Schröder
Pastorale Begleitperson

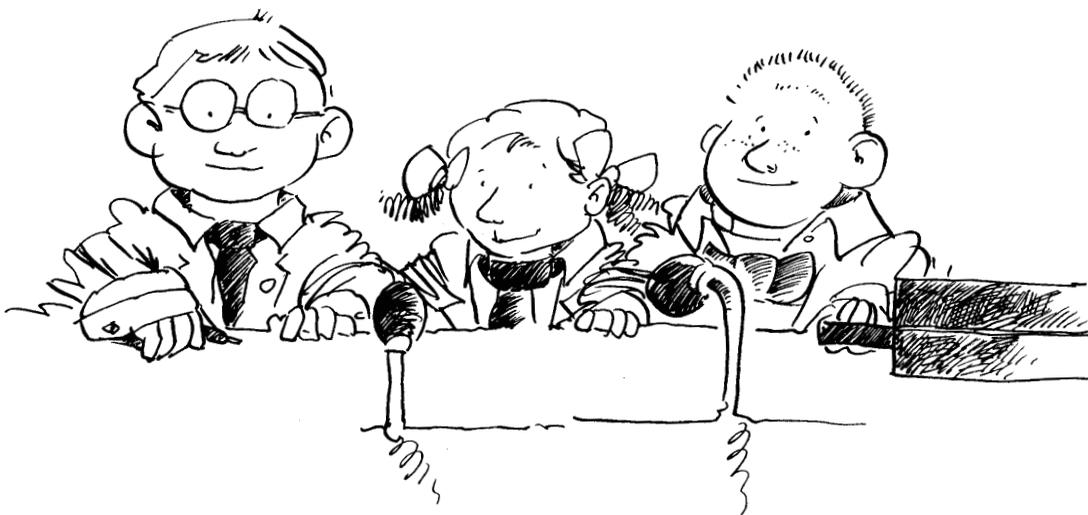


Wolfgang Vorwerk
Bundesleiter



Andreas Finke
Bundesjugendsekretär

1. Einleitung



„Politik ist das tägliche Leben“ – so einfach und doch umfassend könnte man Politik beschreiben. Politik wirkt in viele Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens hinein. Vor allem das Leben in einer Gruppe oder Gemeinschaft setzt Regelungen und Vereinbarungen voraus, die gemeinsam und vor dem Hintergrund eines politischen Grundverständnisses getroffen werden. Doch trotz der Tatsache, dass wir an jedem Tag mit den Konsequenzen politischer Entscheidungen konfrontiert sind, sind wir uns oft nicht über die Zusammenhänge bewusst.

In diesem Themenheft sollen Einblicke gegeben werden in das, was Politik alles umfasst, wie sich das Verständnis von Politik über die Jahrhunderte bis zur Gegenwart

entwickelt hat und welche verschiedenen Ansichten es darüber gibt, wie sich das Leben in einer Gemeinschaft gestalten sollte. Ein besonderer Blick gilt der Jugendpolitik und den vielfältigen Möglichkeiten, wie Jugendliche sich in Entscheidungsprozesse unserer Gesellschaft einbringen können.

Nicht zuletzt möchte die Arbeitshilfe darstellen, in welchen Bereichen Kolpingjugend und Kolpingwerk politisch mitarbeiten, wo wir mitmischen und auf welche Weise wir versuchen, unsere Meinung einzubringen. Die aufgeführten Praxisbeispiele sind dabei nur einige Schlaglichter – die Vielfalt politischer Arbeit in der Kolpingjugend geht weit darüber hinaus.

2. Grundlagen

2.1 Politik - eine Begriffsbestimmung

Was ist eigentlich Politik?

Die Begriffe „Politik“ und „politisch“ leiten sich vom griechischen Wort „**polis**“ (Burg, Fels, Stadt, Gemeinwesen, Staat) ab. Die Bezeichnung „polis“ steht für einen griechischen Stadtstaat in der Zeit von 800 bis 400 v. Chr. Bei den Stadtstaaten handelte es sich um kleine, überschaubare und autonome Einheiten, die sich jeweils auf eine Ansiedlung mit dazugehörigem Territorium bezogen. Jede „Polis“ verstand sich als Gemeinschaft ihrer Einwohner, wobei der Begriff Vollbürger sich auf Männer bestimmter Gesellschaftsschichten bezog. Frauen und Sklaven zählten demnach nicht als Vollbürger.

Kennzeichen für eine „polis“ waren:

- Selbstverwaltung mit festgelegten Rechten und Pflichten für jeden Bürger;
- Unterscheidung und Abgrenzung gegenüber den übrigen Stadtstaaten in Griechenland;
- Tendenz zur Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Bürger;
- Gemeinsame Beschlussfassung über alle Belange der „polis“;
- Gemeinsame Verteidigung der „polis“ im Kriegsfall;
- Unabhängigkeit von anderen Stadtstaaten.

Der heute verwendete Begriff „Politik“ geht über diese Merkmale noch hinaus. Er bezeichnet jegliche Art der Einflussnahme und Gestaltung sowie die Durchsetzung von Forderungen und Zielen, sei es in privaten oder öffentlichen Bereichen. So umfasst er zum einen die Staatskunst, das Öffentliche bzw. das, was alle BürgerInnen betrifft und verpflichtet, im weiteren Sinne das Handeln des Staates und das Handeln in staatlichen Angelegenheiten. Zum anderen bezieht „Politik“ die aktive Teilnahme an der Gestaltung und Regelung menschlicher Gemeinwesen ein.

Bezogen auf moderne Staatswesen, bezeichnet Politik ein aktives Handeln, das

- auf die Beeinflussung staatlicher Macht
- den Erwerb von Führungspositionen und
- die Ausübung von Regierungsverantwortung zielt.

(Quelle: Diplomarbeit Mathias Owerrin, 2001)

2. GRUNDLAGEN

Eine Reise durch die Geschichte des Politikverständnisses

Der Begriff „polis“, der als Ursprung für unser heutiges Politikverständnis dient, wird auf den Philosophen, Logiker und Naturforscher **Aristoteles** (384-322 v.Chr.) zurückgeführt. In seinem „Modell der Verständigung“ ist die polis auf die Gleichheit der Bürger (vgl. „Was ist eigentlich Politik?“) gegründet. Die für die Polis verbindlichen Entscheidungen mussten sich aus zwanglosen Verständigungsprozessen zwischen freien und gleichen Männern ergeben. Der Überzeugungskraft der besseren Argumente folgten Vorschläge, die den Bürgern Entscheidungen ermöglichen sollten. Aristoteles trat mit seinen Aussagen wie z.B. dem Kernsatz „Der Staat aber ist eine Gemeinschaft von Gleichen, die gemeinsam zu entscheiden haben“ in Opposition zu **Platon** (griechischer Philosoph, 427-347 v.Chr.). Dieser vertrat die Ansicht, dass Politik das Regieren durch eine berufene, herausragende Einzelperson bezeichne. Aristoteles Annahme folgend, wonach Politik ihrem eigentlichen Wesen nach die Herrschaft Gleicher über Gleiche ist, sind auch die jeweiligen Herrschaftsmandate zeitlich befristet. Im Prinzip verlangt eine solche Politik des Gemeinwesens eine demokratische Verfassung, die die Volksherrschaft regelt.

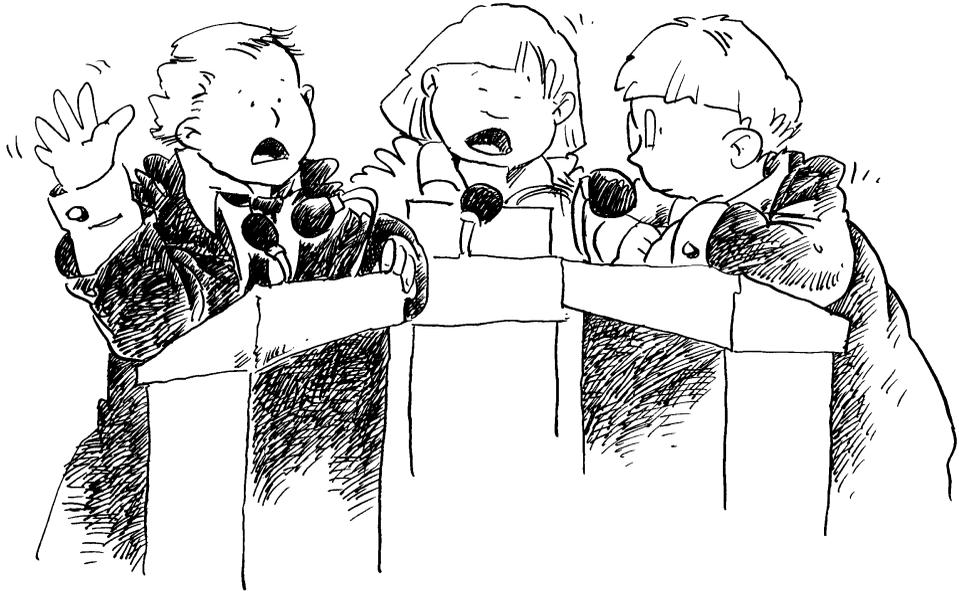
Das „Heilsmodell“ nach **Augustinus** (bedeutender Kirchenlehrer des Abendlandes, 354-430 n.Chr.) stellt - entgegen den Lehren der Antike - politisches Handeln als die Ausrichtung an der Erfüllung der Gebote Gottes dar. Politik ist nach augustinischer Lehre nur zu rechtfertigen, wenn sie einen

Beitrag zur endzeitlichen Erlösung des Menschen leistet. Die Funktion der Politik besteht demnach einzig darin, der Idee der göttlichen Gerechtigkeit zu dienen. Diesem Politikverständnis liegt auch die Annahme zugrunde, dass der Staat einerseits durch „das Böse“ mitgeprägt ist, es andererseits dadurch, dass er der Erlösungshoffnung dient, schafft, „das Böse“ auszugleichen.

Mehr als ein Jahrtausend später erstellte der italienische Politiker und Geschichtsschreiber **Niccolò Machiavelli** (1469-1527) das „Modell von Macht“. Es beschreibt Politik als „die Gesamtheit der Techniken für die Aufrichtung und Erhaltung staatlicher Macht um jeden Preis“. Das Gemeinwesen kann nicht durch den unmündigen Bürger geleitet werden. Für den Herrscher ist Politik reine Technik der Macht, die auch dem Zwecke einer gesicherten Ordnung dient. Politik reduziert sich innerhalb dieses Modells auf Machthandeln und die Geschicklichkeit zum Erfolg.

Vor einigen Jahren veröffentlichte **Karl Wolfgang Deutsch** (US-amerikanischer Politologe österreichischer Herkunft, 1912-1992) schließlich sein „Informations-Modell“. Er versteht Politik als Steuerungseinheit. Sie hat dafür zu sorgen, dass Informationen von allen und zu allen Gesellschaftsteilen gelangen können. Der politische Prozess ist somit ein Steuerungsvorgang zur Informationsverarbeitung. Dieses Modell nach Deutsch will somit gesellschaftliche Konflikte (ohne den Einsatz von Macht und ohne Zwang) regeln.

Was verstehen heutige Politikwissenschaftler unter Politik?



Prof. Dr. Ulrich von Alemann (zeitgenössischer Politikwissenschaftler, geb. 1944) definiert Politik als eine Verknüpfung der vier Grundbegriffe Konflikt, Interesse, Macht und Konsens mit dem Begriff der Öffentlichkeit. Dabei greift er auf die ursprünglichen Deutungen von Aristoteles zurück, der das Öffentliche (politikos) von dem privaten Haushalt (oikos) klar unterschied. Von Alemanns Definition lautet: „Politik ist öffentlicher Konflikt von Interessen unter den Bedingungen von Machtgebrauch und Konsensbedarf.“

In Anlehnung an den englischen Sprachraum unterscheidet die moderne Politikwissenschaft die so verstandene Politik

in drei politische Dimensionen, die unterschiedliche Aspekte von Politik umfassen:

Die „Polity“-Dimension

Das politische Handeln ist durch institutionelle Strukturen und Formen, wie z. B. Verfassungs- und Rechtsnormen, vorgegeben. Ferner fallen unter diese Formen der Politik auch die Institutionen selbst, wie z. B. Verwaltung, Parlament, Regierung und Gerichte. Die institutionellen Strukturen geben den politischen Akteuren den verbindlichen Handlungsrahmen vor und schreiben die Machtverhältnisse fest. So ergeben sich Ordnungen, politische Verfahren etc. (z.B. grundgesetzliche Regelungen zum Schutz

2. GRUNDLAGEN

von Minderheiten). Die Legitimität einer „polity“ ist am größten, wenn sie das Ergebnis von langfristigen Entscheidungen ist. Auch die Demokratie als Regierungsform fällt unter den Begriff „polity“.

Die „Politics“-Dimension

Politics bezeichnet den aktiven, durch Verhandlung, Tausch und Kompromisse, durch Macht, Konflikt und Konsens gekennzeichneten Prozess der politischen Gestaltung. Dieses machtpolitische Kräfteressen findet zwischen einzelnen Politikern, Gruppierungen wie Parteien, Fraktionen, Verbänden und Gewerkschaften statt.

(Quelle: Diplomarbeit Mathias Owerrin, 2001)

Die „Policy“-Dimension

Policy bezeichnet den inhaltlichen (den materiellen) Teil von Politik, wie er im Deutschen üblicherweise durch verschiedene Politikbereiche angegeben wird (z.B. Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrspolitik). Sie umfasst die Phase der Formulierung politisch definierter Probleme und die Durchführung von Handlungsprogrammen, um diese zu lösen. Die Problemlösungsansätze basieren in der Regel auf Partei- und Regierungsprogrammen, Absichten und Zielen, personellen, materiellen und ideellen Interessen sowie auf der Verteilung von Finanzmitteln. Policy-Analyse bezeichnet den Teil der politikwissenschaftlichen Forschung, der sich mit den inhaltlichen, sachlichen Fragen der entsprechenden Politiken beschäftigt.

(Quelle: Diplomarbeit Mathias Owerrin, 2001;
Das Politiklexikon, Schubert/Klein, Verlag Dietz, 2001, S. 222/223/229)

2. GRUNDLAGEN

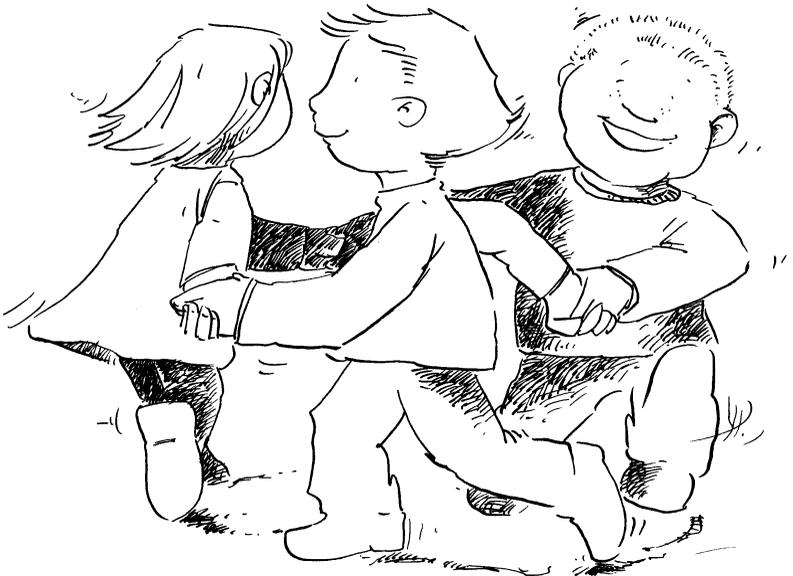
Und was ist Politik nun konkret?

Um Politik lebensnah zu erklären, muss man eine notwendige Unterteilung in „Politik im engeren Sinne“ und „Politik im weiteren Sinne“ treffen.

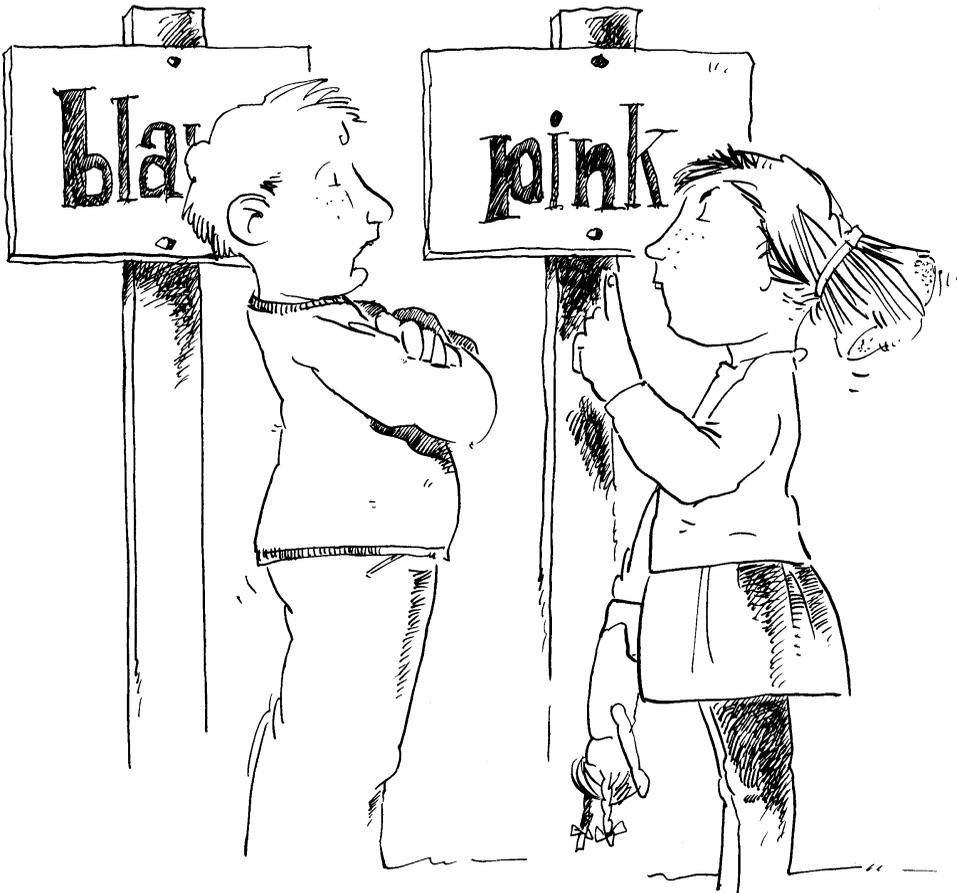
Politik im engeren Sinne ist alles Handeln, das sich um gesamtgesellschaftliche Regelungen bemüht. Der engere Politikbegriff regelt die allgemeinen Verhältnisse, ermöglicht das Zusammenleben in einer Gesellschaft und bestimmt die Beziehungen zu anderen Gesellschaften. Zugeordnet werden diesem Begriff auch die staatlichen Institutionen, die verbindlich das Zusammenleben und Miteinanderauskommen von Menschen und gesellschaftlichen Gruppen organisieren.

Dahingehend verzichtet der „erweiterte Politikbegriff“ (= Politik im weiteren Sinne) auf die Allgemeingültigkeit. In diesem Zusammenhang geht es vielmehr um gemeinsame Bewältigung zwischenmenschlicher Situationen in unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen. Es handelt sich auch um politisches Handeln, jedoch ist das Politische nicht der wichtigste Zweck. Die Schulklasse, der Verein und zum Beispiel die Kolpingjugend bewegen sich in ihrem eigenen Miteinanderauskommen im erweiterten Politikbereich.

(Quelle: Diplomarbeit Mathias Owerrin, 2001)



2.2 Politische Weltanschauungen



2. GRUNDLAGEN

Wenn man über Politik spricht, ist es unerlässlich, sich die verschiedenen Formen anzusehen, wie weltanschauliches Denken in politisches Handeln umgesetzt wird. Als Grundlage dienen hier verschiedene Ideologien.

Eine **Ideologie** ist die Lehre von den Ideen, d.h. der wissenschaftliche Versuch, die unterschiedlichen Vorstellungen über Sinn und Zweck des Lebens, die Bedingungen und Ziele des Zusammenlebens etc. zu ordnen. Aus diesen Bemühungen entstanden historisch unterschiedliche Denkschulen.

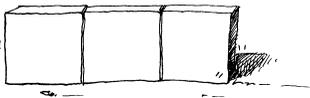
Im politischen Sinne dienen Ideologien zur Begründung und Rechtfertigung politischen Handelns. Ideologien sind daher immer ei-

ne Kombination von bestimmten Weltanschauungen (Kommunismus, Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus), die jeweils eine spezifische Art des Denkens und des Wertsetzens bedingen, und eine Kombination von bestimmten Interessen und Absichten, die i.d.R. eigenen (selten: uneigennützi- gen) Zielen dienen, d.h. neben der Idee und Weltanschauung auch den Wunsch (und die Kraft) zur konkreten politischen und sozialen Umsetzung ausdrücken. Ideologien sind wesentlicher Teil politischer Orientierung; sie sind sowohl Notwendigkeit als auch Begrenzung politischen Handelns.

(Quelle: Das Politiklexikon, Schubert/Klein, Verlag Dietz, 2001, S. 135-136)

Nachfolgend wird ein kurzer Einblick in die vier grundlegenden Weltanschauungen gegeben:

Kommunismus



Kommunismus ist a.) eine sozial-philosophische Utopie, b.) eine politisch-ökonomische Lehrmeinung und Ideologie und c.) eine politische Bewegung und Herrschaftsform.

Grundlegende Idee des Kommunismus ist die Abschaffung des privaten Eigentums und die Bildung von Gemeineigentum.

Kommunismus als sozial-philosophische Utopie

Der Kommunismus knüpft u.a. an die Gerechtigkeitsideen Platons (vgl. „Eine Reise durch die Geschichte des Politikverständnisses“) und an das Urchristentum an, aber auch an Utopisten (z.B. Thomas Morus, englischer Staatsmann und Humanist, 1478-1535) und utopische Sozialisten (z.B. Charles Fourier, französischer Sozialphilosoph, 1772-1837). In ihrem Denken ist das Ideal eine dörfliche Gemeinschaft, die gemeinsam über alle zum Lebensunterhalt notwendigen Produktionsmittel (Boden, Tiere, Häuser, ...) verfügt, praktisch alle Dinge herstellt und gerecht untereinander verteilt.

2. GRUNDLAGEN

Kommunismus als politisch- ökonomische Lehrmeinung und Ideologie

Die Kritik am Kapitalismus (= Wirtschaftsordnung, in der der Faktor Kapital im Vergleich zu anderen Wirtschaftsfaktoren überproportionale Bedeutung hat) steht im Mittelpunkt. Als Vordenker gilt der deutsche Rechtswissenschaftler und Philosoph **Karl Marx** (1818-1883). Der Kapitalismus wird als die letzte Stufe einer Reihe von vorangegangenen Ausbeutungsverhältnissen „des Menschen durch den Menschen“ dargestellt. Demzufolge übernimmt in kapitalistischen Gesellschaften eine (gesellschaftlich) kleine Gruppe alles verfügbare Eigentum und beutet eine zunehmende Zahl von Besitzlosen (= Proletarier) aus. Dies führt zu massenhafter Armut und Verelendung der breiten Bevölkerungsgruppen. Ziel der Kommunisten ist es, durch eine Revolution des Proletariats das Privateigentum abzuschaffen, damit der technische Fortschritt allen Menschen zugute kommt. Dass es hierbei auch zu einer Machtanhäufung einer kleinen Elite kommt, die über die Verteilung der Mittel bestimmt und damit letztendlich zu einer unkontrollierten Herrschaftsausübung wie in den politischen Systemen der untergegangenen Sowjetunion oder der DDR kann an dieser Stelle nur angedeutet, allerdings nicht vertieft werden.

Kommunismus als politische Bewegung und Herrschaftsform

Der Grundgedanke der kommunistischen Ideologie wird variiert und weiterentwickelt, um beispielsweise

- den konkreten politischen Kampf um die Macht zu gewinnen (Marxismus-Leninismus),
- die kommunistische Herrschaft zu festigen (Stalinismus),
- den Kommunismus an außereuropäische Kontexte anzupassen (Maoismus),
- der Vorherrschaft der Sowjetunion auszuweichen (Titoismus).

Mit dem Ende der Sowjetunion als Schutzmacht des Kommunismus sind die kommunistischen Bewegungen weltweit zu einem Stillstand gekommen, und der Kommunismus wird als Lehrmeinung nur noch selten vertreten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (**KPD**) wurde 1919 und in den zwanziger Jahren nach der Vereinigung mit dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) zur Massenpartei der Weimarer Republik. Mehrere Versuche der gewaltsamen Machtübernahme bzw. zur Errichtung und Unterstützung von Räterepubliken scheiterten (1919-1923). In der Zeit der Weltwirtschaftskrise bis 1932 wuchs die KPD zur drittstärksten Partei. 1933 wurde die Partei verboten, ihre Mitglieder verfolgt. Im dritten Reich forderte u.a. der Widerstand unzählige Opfer. Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Partei wiedergegründet.

▫ In der Sowjetisch Besetzten Zone (der ehemaligen DDR) schlossen sich 1946 die KPD und – gezwungenermaßen – die SPD zur Sozialistischen Einheitspartei (**SED**) zu-

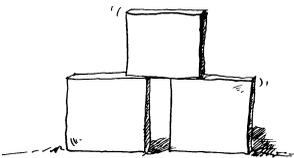
2. GRUNDLAGEN

sammen. Die SED verweigerte sich den seit Mitte der achtziger Jahre in der UdSSR eingeleiteten Reformen. Erst im Rahmen der Wende 1989 nannte sie sich in SED-PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) um. 1990 wurde die **PDS** zur Nachfolgepartei.

§ Im westlichen Teil Deutschlands war die KPD nach dem zweiten Weltkrieg an einigen Landesregierungen beteiligt und zwischen 1949 und 1953 gehörten Mitglieder dem Deutschen Bundestag an. 1956 wurde die KPD vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst. 1968 wurde die Partei als **DKP** (Deutsche Kommunistische Partei) neugegründet.

(Quelle: Das Politiklexikon, Schubert/Klein, Verlag Dietz, 2001, S. 158-159)

Konservatismus



Der Konservatismus, auch Konservatismus genannt, hebt die Stärken der Traditionen hervor, bewahrt bzw. stärkt die herrschende politische Ordnung und schützt die vorgegebene Verteilung von Macht und Reichtum vor Kritik. Die drei wichtigsten Prinzipien des Konservatismus sind daher Identität, Sicherheit und Kontinuität.

Der politische Konservatismus entstand als Gegenbewegung zu den Ideen der Aufklärung und der Prinzipien von Vernunft

und Kritik. Gegen diese setzt er auf die Festigung und den Vorrang des Glaubens und eine damit verbundene (göttliche oder weltliche) Ordnung, die – im Gegensatz zur Forderung nach Gleichheit in der Französischen Revolution – das hierarchische Element betont. Aus konservativer Sicht bilden Gesellschaften ein organisatorisches Ganzes, in dem die Einzelnen (= Individuen) und die sozialen Gruppen ihre unterschiedlichen Aufgaben zum Nutzen aller zu erfüllen haben und die Gesellschaft als Ganzes durch Gewohnheiten und Gebräuche zusammengehalten wird. Insofern ist eine Ordnung in unterschiedlichen Schichten, in der eine Elite genauso notwendig ist wie Mittel- und Unterschicht, eine notwendige gesellschaftliche Bedingung. Fortschritt und Veränderungen werden nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bedürfen zunächst aber allgemeiner Zustimmung und Bewährung. Bei aller Vielfalt ist ein positives Verhältnis zum Umgang mit der Macht und der Ausübung von Macht ein wesentliches Element konservativen Denkens.

Der spezifische deutsche Konservatismus wurde entscheidend durch zwei politische Ergebnisse der Amtszeit **Otto von Bismarcks** (Gründer und erster Kanzler 1871, des Deutschen Reiches, 1815-1898) geprägt:

□ Er entschärfte den Konflikt zwischen Wirtschaftsliberalismus und Arbeiterbewegung (d.h. die Soziale Frage) durch das Verbot der Sozialdemokratie („Sozialistengesetz“) und den Aufbau eines konservativen Sozial- und Versorgungsstaates („Sozialgesetzgebung“).

2. GRUNDLAGEN

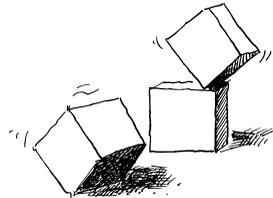
n Es gelang ihm, eine Entscheidung des traditionellen Konfliktes zwischen Kirche und Staat um die Vorherrschaft in der Gesellschaft zugunsten des Staates herbeizuführen.

Die dauerhafte Lösung des zentralen gesellschaftlichen Konfliktes sicherte in Deutschland langfristig die Autorität des antiliberalen Staates und festigte wesentlich die konservative Staatsidee. Die demokratischen Institutionen wurden daher in Deutschland vergleichsweise spät und in einer Krisensituation (Ende des Ersten Weltkrieges) errichtet. Der deutsche Konservatismus stützte die Demokratie der Weimarer Republik nur in der kurzen Stabilitätsphase, tendierte ansonsten zu autoritären Lösungen und stimmte 1933 für das Ermächtigungsgesetz Hitlers, mit dem der Reichstag auf seine Rechte verzichtete und der nationalsozialistischen Machtergreifung den Weg ebnete.

Trotz späterer Beteiligung am Widerstand hatte der Konservatismus nach dem Zweiten Weltkrieg nur geringe Bedeutung. Dazu trug auch die schnelle Entwicklung von CDU und CSU zu Volksparteien bei, die das konservative Element zwar aufnahmen, aber mit den christlich-sozialen, wirtschaftlich-liberalen und insbesondere den technisch-fortschrittlichen Strömungen verbanden. Heute trägt der deutsche Konservatismus die demokratischen Institutionen mit, was u.a. durch die langandauernde Präsenz gemäßigt konservativer Regierungen beeinflusst wurde.

(Quelle: Das Politiklexikon, Schubert/Klein, Verlag Dietz, 2001, S. 170)

Liberalismus



Im Liberalismus steht die Freiheit des einzelnen Menschen im Vordergrund und wird jede Form des geistigen, politischen und staatlichen Zwangs abgelehnt. Die vier wichtigsten Prinzipien des Liberalismus sind:

- n das Recht auf Selbstbestimmung auf der Basis von Vernunft und Einsicht,
- n die Beschränkung politischer Macht,
- n die Freiheit gegenüber dem Staat und
- n die Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Basis persönlichen Eigentums.

Als eine Hauptströmung der Moderne geht der Liberalismus auf zentrale Ideen der Aufklärung zurück. Zu unterscheiden sind politischer und wirtschaftlicher Liberalismus.

Politischer Liberalismus

Der politische Liberalismus zielt auf die Freiheit des Individuums (z.B. Glaubens-, Meinungsfreiheit) und auf die Beschränkung politischer Herrschaft nach dem Grundsatz, dass die Reichweite staatlicher Gewalt durch die Freiheit des Individuums (= des Einzelnen) begrenzt wird, dessen

2. GRUNDLAGEN

Freiheit aber dort endet, wo die Freiheit eines anderen Individuums beeinträchtigt wird. Aus der Sicht der Liberalen wird daher keineswegs die Notwendigkeit des Staates bestritten, vielmehr sollen die Ziele des Liberalismus durch die Institutionen des Rechtsstaates (z.B. Grundgesetz, Verfassung) sowie durch staatlich garantierte Rechtssicherheit (zu der auch das staatliche Gewaltmonopol zählt) erreicht werden. Zu den wichtigsten politischen Etappen der Entwicklung des Liberalismus zählt u.a. die Erklärung der Menschenrechte während der französischen Revolution (1789). In Europa setzten sich seitdem (unterschiedlich schnell) die Individualrechte durch, und es etablierte sich das gesetzte Recht als Basis politischen Handelns. Das Prinzip der Gewaltenteilung nach **Charles de Montesquieu** (französischer Staatsphilosoph und Schriftsteller, 1689-1755) wurde zum zentralen Element moderner Staatsverfassungen und Regierungsformen.

Wirtschaftlicher Liberalismus

Seit den wegweisenden Arbeiten von **Adam Smith** (schottischer Nationalökonom und Moralphilosoph, 1723-1790) betrachtet der wirtschaftliche Liberalismus das Privateigentum (v.a. Produktionsmittel), den freien Wettbewerb und den Freihandel als grundlegende Voraussetzung für die Schaffung gesellschaftlichen Wohlstandes. Tatsächlich führte die wirtschaftliche Liberalisierung zu dynamischen Industrialisierungsprozessen und der Entwicklung eines (privaten) kapitalistischen Wirtschaftssystems. Als Folge muss man aber auch die Verelendung breiter Teile der Bevölkerung einordnen (Mit-

te/Ende des 19. Jahrhunderts).

Der Liberalismus war im 19. Jh. eine weltweite politische Bewegung des aufstrebenden Bürgertums, die allerdings in Deutschland weitgehend machtlos blieb. In der sogenannten Deutschen Revolution 1848 scheiterte das Bürgertum bei dem Versuch, eine politische Führungsrolle in Deutschland zu übernehmen. Die industrielle Entwicklung in Deutschland und der Aufbau des Wirtschaftsliberalismus fanden auf der Basis eines konservativen (obrigkeitsstaatlichen) Staatsverständnisses und des Ausbaus eines konservativen (Sozial-)Staates statt. In der Weimarer Republik zerfiel der politisch gesplante Liberalismus weitgehend. Er gewann erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung der FDP als liberaler Partei wieder an Bedeutung, die sich weniger aus der Größe der (vergleichsweise kleinen) Wählerbasis, sondern durch die langandauernde Regierungsbeteiligung erklärte.

Wirtschaftspolitisch wandte sich der Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg vom Laissez-faire ab und wies dem Staat Aufgaben zu, die notwendigen Rahmenbedingungen für einen freien Wettbewerb zu schaffen und durch regulierende Eingriffe in die wirtschaftlichen Prozesse dafür zu sorgen, dass der Wettbewerb aufrechterhalten bleibt.

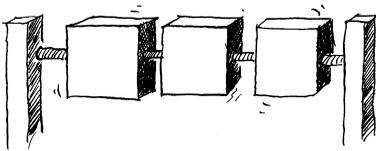
Der Liberalismus ist heute keine geschlossene Weltanschauung, sondern stellt eher eine große „Denkfamilie“ dar, die auch konträre (politische und ökonomische) Vorstellungen und Flügel umfasst. Dies wird beispielsweise durch die Vielfalt liberaler Parteien in der EU deutlich, vor allem aber

2. GRUNDLAGEN

auch durch die Unterschiede zwischen dem europäischen und dem US-amerikanischen Liberalismus, wo liberal in erster Linie immer noch für die Achtung der Bürgerrechte, die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht und für soziale Verbesserungen steht.

(Quelle: Das Politiklexikon, Schubert/Klein, Verlag Dietz, 2001, S. 179-180)

Sozialismus



Der Sozialismus zielt darauf ab, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen, in der die Grundwerte Freiheit und Gleichheit verwirklicht werden. Eine zentrale Rolle nimmt dabei die Veränderung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ein, die nach sozialistischem Verständnis der Grund für soziale und ökonomische Abhängigkeit ist und der persönlichen und gesellschaftlichen Unabhängigkeit entgegensteht. Der Sozialismus entstammt dem aufklärerischen Denken (17./18. Jahrhundert, u.a. Französische Revolution). Er wendet sich gegen die einseitige Überhöhung individueller Freiheitsrechte und gegen das Privateigentum. Traditionell gibt es sehr unterschiedliche Ausprägungen des Sozialismus; der Grundgedanke – die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen – trug wesentlich zu seiner internationalen Verbreitung bei.

Der Begriff Sozialismus kommt im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts auf und wird – zumeist in Kreisen der (besitzlosen) Handwerkerschaft – mit nicht-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen verbunden, in denen genossenschaftliche (= wirtschaftlicher Zusammenschluss einer kleineren Gruppe), gesellschaftliche oder staatliche Eigentumsverhältnisse vorherrschen. Diese Vorstellungen basieren auf frühchristlichen Motiven, antiker Lehrmeinung und frühbürgerlichen Sozialutopien über neue, menschlichere Formen des Zusammenlebens sowie der gemeinsamen Produktion und Versorgung. Einen raschen Aufschwung erfährt der Sozialismus in der Zeit der Industrialisierung (Ende des 18. Jh.), in der er zur Bewegung gegen die massenhafte soziale Verelendung und die Ausbeutung der Arbeiterschaft wird. National und kulturell unterschiedliche Varianten des Sozialismus entstehen: In Deutschland entwickelt sich eine breite Arbeiterbewegung, die sowohl eine starke gewerkschaftliche Interessensvertretung als auch – gegenüber dem autoritären Staat – eine politisch prägende Organisation (**SPD**) hervorbringt. Mit der Entwicklung zur Massenbewegung vertieft sich auch die theoretische Diskussion, die zunächst vom Marxismus (vgl. Kommunismus) dominiert wird und um die Jahrhundertwende in eine heftige Kontroverse zwischen Marxismus und Reformismus mündet. Dabei verstärken sich zwei Hautströmungen:

2. GRUNDLAGEN

Der Reformsozialismus

Der Reformsozialismus wird v.a. von weiten Teilen der Gewerkschaftsbewegungen verfolgt. Angestrebt wird eine schrittweise Veränderung und Verbesserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Der revolutionäre Sozialismus

Ziel ist ein gewaltsamer politischer Umsturz mit einem politisch (und in der Übergangsphase gegebenenfalls diktatorisch) kontrollierten, radikalen Neuanfang in Wirtschaft und Gesellschaft. Bereits 1864 wurde mit der sog. 1. Internationale versucht, die Arbeiterbewegung auch international zu einigen. Unüberbrückbare ideologische Spannungen und nationale Bindungen führten jedoch zu ihrem Zerfall, zu Neu- und Gegenründungen (2./3./4. Internationale). Nach der russischen Revolution und der Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland (1917) entwickeln sich – neben zahlreichen regional begrenzten Formen – zwei sich widersprechende Varianten, die besonders nach dem Zweiten Weltkrieg den Begriff Sozialismus verwenden:

- n Der freiheitliche, demokratische Sozialismus der **Sozialdemokratie**, der sich vom Marxismus abwendet, die Interessen einer vielschichtigen Arbeiterschaft vertritt und weite Bevölkerungsschichten mit der Entwicklung des demokratischen Wohlfahrtsstaates anspricht.
- n Der autoritäre, marxistisch-leninistische **Staatssozialismus** der Sowjetunion, un-

ter dessen Diktatur der Arbeiterklasse die Produktionsmittel verstaatlicht und der Wirtschaftsprozess zentraler staatlicher Planung und Lenkung unterworfen ist.

In der Bundesrepublik Deutschland hatten neo-marxistische Ideen noch Einfluss auf die Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre.

(Quelle: Das Politiklexikon, Schubert/Klein, Verlag Dietz, 2001, S. 268-269)

2.3 Aufgaben und Rolle der Parteien in Deutschland

Parteien in Deutschland haben in verfassungsrechtlicher Hinsicht eine hervorgehobene Bedeutung. Zurückliegende Erfahrungen mit den Parteien in der Weimarer Republik, die nicht unwesentlich den Niedergang der Republik selbst und damit das Aufkommen der Nationalsozialisten (NSDAP) bis hin zum totalitären Dritten Reich mit zu verantworten hatten, legten es nahe, nach 1945 einen anderen Weg einzuschlagen. Das Ergebnis der Überlegungen im Parlamentarischen Rat und in Folge der Herausarbeitung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kann sich sehen lassen: Artikel 21 des Grundgesetzes und das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 bilden nun den (verfassungs-)rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen Parteien in Deutschland ihren Aufgaben nachkommen können. Dabei genießen Parteien ein Privileg, welches vergleichbare Demokratien weltweit so nicht kennen. Bislang mussten auf Antrag der jeweiligen Bundesregierungen erst zweimal politische Parteien in Deutschland durch Beschluss des Bundesverfassungsberichtes verboten werden: 1952 die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) und 1956, nach einem vier Jahr lang andauernden Verfahren, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Ob ein angestrebtes Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) vor dem Bundesverfassungsgericht – als dem zuständigen Gericht für ein Parteienverbot – Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Gemessen an der verfassungsrechtlichen Stellung und Bedeutung der Parteien zeigt von den gut 60 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland nur eine Minderheit Interesse an einer tatsächlichen Mitgliedschaft in einer der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Dabei verteilen sich die knapp 1,8 Millionen Parteimitglieder auf die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien mit Stand 1998 in etwa wie folgt:

Christlich Demokratische Union
(CDU) 626.342

Christlich Soziale Union
(CSU) 178.755

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
(SPD) 775.036

Bündnis 90 / Die Grünen
51.812

Freie Demokratische Partei Deutschlands
(F.D.P) 67.897

Partei des Demokratischen Sozialismus
(PDS) 94.627

Dabei zeigt die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Parteien eher eine rückläufige Tendenz: waren es 1994 noch knapp zwei Millionen Mitglieder, so verringerte sich die Zahl der tatsächlich aufgeführten

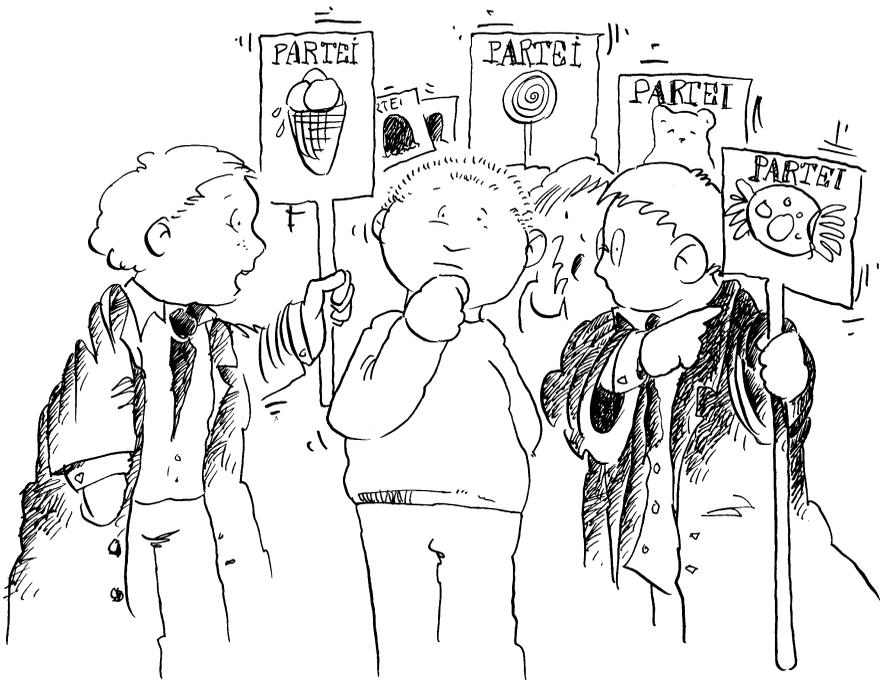
2. GRUNDLAGEN

Mitglieder bis 1998 um weitere 200.000 auf nun knapp 1,8 Millionen. Der Trend ist auch im Jahr 2001 eher rückläufig. Dabei fällt auf, dass sich gerade junge Erwachsene zurückhalten und auf eine tatsächliche Mitgliedschaft in einer Partei verzichten. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Oftmals wird dabei genannt, dass wenig Interesse daran besteht, zu Wahlkampfzeiten ausschließlich Plakate zu kleben und viele – oftmals wenig erfolgreiche – Stunden an den Partieständen in Fußgängerzonen oder sonsti-

gen öffentlich bedeutsamen Plätzen in den Städten zu verbringen. Jugendliche und junge Erwachsene bevorzugen eine bestimmte Form des Engagements, welches nicht unbedingt und in erster Linie in den etablierten Parteien die Regel ist.

Trotz des nicht gerade überwältigend stark ausgeprägten Organisationsgrades in den Parteien regelt Artikel 21 des Grundgesetzes die Stellung, Aufgabe und Funktion von Parteien in Deutschland:

„DIE PARTEIEN WIRKEN BEI DER POLITISCHEN WILLENSBILDUNG DES VOLKES MIT.
IHRE GRÜNDUNG IST FREI.“



2. GRUNDLAGEN

Die Mitwirkung an der Willensbildung erfolgt dabei auf sehr unterschiedliche Art und Weise und bezieht sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Parteien nehmen auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss, sie fördern die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben, sie befähigen zur Übernahme von öffentlicher Verantwortung und sorgen mit dafür, dass es auch öffentlichen Streit über Grundfragen des Politischen schlechthin gibt. Sie wirken dabei oftmals politisierend in dem Sinne, dass zunächst einfache Sachverhalte in den Rang des Politischen gehoben werden.

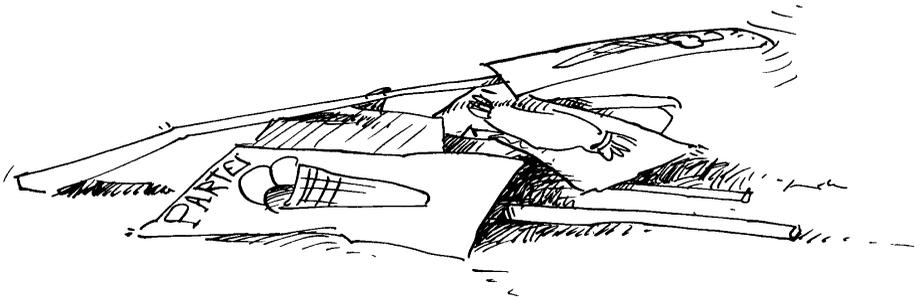
Aus dem verfassungsrechtlich formulierten Auftrag der Parteien, bei der **Willensbildung des Volkes** begrenzt „mit zu wirken“, hat sich durch die politische Praxis ein gleichsam äußerst bedenklicher Omnipotenzanspruch insbesondere der großen Volksparteien entwickelt. Parteien haben den „vorpolitischen Raum“ für sich entdeckt. Dies führt in aller Regel dazu, dass mit Hilfe wechselseitig vereinbarter „Quotierungen“ Aufgaben und Funktionen im öffentlichen Leben so verteilt werden, dass alle irgendwie zum Zuge kommen. Von besonderem parteipolitischen Interesse ist dabei vorrangig der gesamte Bereich der Öffentlichen Verwaltung sowohl auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dabei zeigt es sich, dass gerade bei der Besetzung von hohen Funktionen in der Öffentlichen Verwaltung eine Mitgliedschaft in einer der großen Volksparteien von Vorteil sein kann. Zwischenzeitlich ist übliche und gängige Praxis, dass einvernehmlich geregelt ist, welche Partei bei welcher Besetzung denn auch immer zu berücksichtigen ist.

In den Blick des parteipolitischen Interesses sind nicht nur die öffentliche Verwaltung sondern auch weit darüber hinaus vor allem die gesellschaftlichen Bereiche, die zunächst nicht im engeren Sinne politisch wirken, gerückt. Dazu zählen natürlich MandatsträgerInnen aller nur erdenklichen sozialen, geselligen und sportlichen Vereine und (halb-)staatlichen Einrichtungen ebenso wie Schul- und Elternpflegschaften im Bildungsbereich. Im Ergebnis bedeutet dies zumeist, dass der zunächst unpolitische Bereich, bedingt durch das jeweilige parteipolitische Interesse gleichsam „politisiert“ wird, um so den Einflussbereich abzusichern.

Über die genannten Bereiche hinaus ist den Parteien wichtig, ihre Einflussmöglichkeiten im gesamten Bereich der Medien zu nutzen. In der von den Medien bestimmten politischen Landschaft ist es für die Parteien schlechterdings von eminent großer Bedeutung, über die jeweiligen Medienstrukturen ihren Einfluss abzusichern. Besonders bemerkbar macht sich dies bei Wahlen in die Rundfunkräte und bei Wahlen für die jeweiligen Intendanten der jeweiligen Sendeanstalten.

Parteien in Deutschland wirken an der Willensbildung des Volkes damit weit über das notwendige Maß hinaus nicht nur mit, sie bilden heute die dominante Kraft. Von daher ist es nicht falsch festzustellen, dass in der parlamentarischen Demokratie, die darauf setzt, dass Parteien für ein ausgewogenes Gleichgewicht sorgen, letztendlich nur und nahezu ausschließlich über die Mitgliedschaft in einer Partei Einfluss ausgeübt werden kann.

2. GRUNDLAGEN



Mitwirkung an der Willensbildung macht sich jedoch nicht nur daran fest, in welcher Art und Weise Einfluss auf das öffentliche Geschehen ausgeübt wird. Vorrangige Aufgabe der Parteien ist es – und dies begründet mit ihre eigentliche Funktion – mit **programmatischen Aussagen** im Wettbewerb der politischen Meinungen und Auffassungen nicht nur für eine Mitgliedschaft zu werben, sondern gerade und insbesondere vor Wahlen die Wahlentscheidungen zu beeinflussen. Während die jeweiligen Parteiprogramme eher Aussagen in grundsätzlicher Hinsicht treffen und gleichsam der jeweiligen Partei das jeweilige Image geben, sind Wahlprogramme eher dafür gedacht, für einen überschaubaren Zeitraum die jeweiligen politischen Absichten für die Wählerinnen und Wähler transparent zu machen. Dabei gestaltet sich dies für **Volksparteien** im klassischen Sinne bei weitem schwieriger als für **Richtungsparteien**, die vorrangig Rücksicht auf ihr eng begrenztes WählerInnenspektrum nehmen müssen. Ebenso kann festgestellt werden, dass sich die Parteiprogramme der großen Volksparteien in zentralen politischen Fragen zunehmend kaum mehr voneinander unterscheiden, weil heutzutage – im Zei-

chen der Globalisierung und weltweiten Interdependenzen – eine Vielzahl von den zu regelnden politischen Angelegenheiten nicht mehr durch „einfache Antworten“ zu lösen sind. Hinzu kommt, dass mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation der ideologische Nährboden für den Wettbewerb unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen entfallen ist. Trotzdem geben weiterhin Parteiprogramme Auskunft über die jeweiligen Politikkonzepte. Sie bilden immer dann die Grundlage für Verhandlungen mit anderen Parteien, sofern diese aufgrund der Wahlentscheidungen gezwungen sind, zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit Koalitionen einzugehen.

Eine überaus wichtige Rolle fällt den Parteien zu, wenn sie bei der **Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern an den Wahlen** in Bund, Land und Gemeinden in einem parteiinternen Verfahren festlegen, wer dafür geeignet ist und mit Aussicht auf Erfolg den Wählerinnen und Wählern präsentiert werden soll. Sie bestimmen gleichsam parteiintern den politischen Nachwuchs und damit letztendlich, wer gegenwärtig und zukünftig zur politischen Klasse

2. GRUNDLAGEN

zählt oder zählen darf. Mit Rücksicht auf vielfältige und wahlentscheidende Erfordernisse neigen die Parteien zwischenzeitlich zur Quotierung von aussichtsreichen Listenplätzen, die durch die Wählerinnen und Wähler im Grunde genommen nicht mehr korrigiert werden können. Dabei kommt den Parteien das bundesdeutsche Wahlsystem, welches eine Mischung aus Personen- und Listenwahl ist (Erst- und Zweitstimme), weitgehend entgegen. Bedingt dadurch gilt die Hälfte der zukünftigen Mitglieder des Deutschen Bundestages und in den Länderparlamenten schon als gewählt, bevor die Wählerinnen und Wähler überhaupt ihre Stimmen abgegeben haben. Dieses, nach den gesetzlichen Wahlvorschriften auch so gewollte Verfahren, versetzt die Parteien in eine überaus machtvolle Position: sie bestimmen im hohen Maße selbst, wer der politischen Klasse angehören darf.

Fasst man die verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Rahmenbedingungen für das Wirken der Parteien in Deutschland zusammen, kann folgendes Fazit gezogen werden:

Parteien in Deutschland haben eine gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren (Vereinen, Verbänden) hervorgehobene Stellung. Sie prägen mit dem Anspruch, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Willensbildung zu beeinflussen, den vorpolitischen Raum ebenso wie das politische Geschehen in den Parlamenten. Bei der Rekrutierung der gegenwärtigen und zukünftigen politischen Klasse nehmen sie eine Schlüsselfunktion

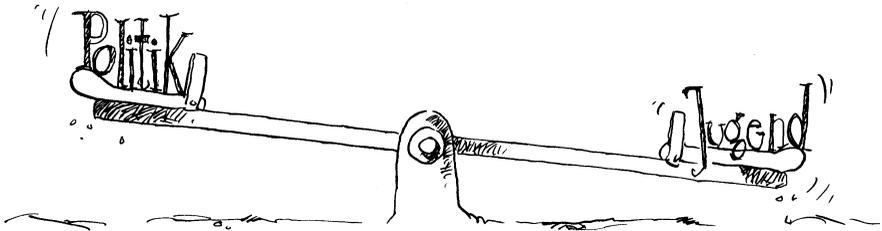
ein. Sie sorgen damit im Ergebnis für eine stabile politische Situation in Deutschland.

Sofern Jugendliche und junge Erwachsene über das jugendverbandliche Engagement und Wirken hinaus politisch gestaltend Einfluss nehmen wollen, ist der Weg über die Mitgliedschaft in den Parteien aussichtsreich. Es empfiehlt sich, darauf hin die Programme der Parteien zu vergleichen und damit eine Entscheidung für eine Mitgliedschaft zu erleichtern.

Josef König
BDKJ Bundesstelle

3. Jugend und Politik

3.1 Jugendpolitik



Jugendpolitik versteht sich als die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Dies übernehmen in einem katholischen Jugendverband wie die Kolpingjugend Kinder und Jugendliche selbst. In demokratischen Entscheidungsprozessen machen sie deutlich, was ihnen wichtig ist, was unter den Nägeln brennt und welchen Gestaltungsbedarf sie sehen, damit Entscheidungen auf den unterschiedlichsten Ebenen getroffen werden, die in ihrem Sinne sind. Dies kann auf der kommunalen Ebene das Eintreten für eine ausreichende Anzahl an Kinderspielflächen, eines eigenen Jugendraumes, einer Skaterbahn oder der Unterstützung der Stadt bei einer geplanten Aktion sein.

Dabei sind Jugendverbände selbst in ihrer Struktur bereits Träger von Politik. Der herausragende Vorteil eines Verbandes wie der Kolpingjugend besteht nämlich darin, dass

die Gruppe vor Ort mit ihrem Anliegen nicht alleine bleiben muss, sondern dieses auch auf die Bezirks-, Kreis- oder Diözesanebene oder durch deren VertreterInnen auch auf die Bundesebene gebracht werden kann. Das breite Netzwerk an Jugendverbänden und deren Zusammenschlüssen, von dem Gaby Hagmans in ihrem Beitrag in diesem Heft sprechen wird, hilft, die Stimme von Kindern und Jugendlichen hörbar zu machen und sie wirksam zu vertreten. Durch den Zusammenschluss und die Verbindung von Jugendlichen in einem Verband gewinnt ihre Stimme eine gewisse, größere Stärke.

Dabei verstehen wir Jugendpolitik in einem engeren und einem weiteren Sinne. In einem engeren Sinne geht es um die Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und um entsprechende Förderungsinstrumente, die helfen, es in die

3. JUGEND UND POLITIK

Wirklichkeit zu übertragen. Dies sind auf der Bundesebene der Kinder- und Jugendplan des Bundes, auf Ebene der Bundesländer die entsprechenden Landesjugendpläne, die einer entsprechenden Ausgestaltung bedürfen, damit freie Träger der Jugendhilfe und Kreis- Landes- und der Bundesjugendring über entsprechende selbstgestaltete Möglichkeiten verfügen können, Interessen von Kindern und Jugendlichen zu bündeln, zu verstärken, zu fördern und umzusetzen. Dies betrifft aber auch Fragen der rechtlichen Stellung von Stadtjugendringen, Jugendparlamenten, Fragen danach, wo Jugendliche ihre Interessen wirksam zur Geltung bringen können, Themen wie die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes etc. Teilweise entwickeln sich diese Fragen zu Spezialistenthemen, die aber dennoch von entscheidender Bedeutung sind für die Kinderstufen- und Jugendarbeit in unserem Lande und damit für die Möglichkeit, dass Kinder und Jugendliche eigenständige, selbstbestimmte und wirksame Selbstentfaltungsprozesse entwickeln können.

Die Kolpingjugend versteht Jugendpolitik allerdings noch umfassender bzw. im weiteren Sinne, nämlich als Querschnittspolitik. Hierunter fallen vielfältige politische Fragestellungen, die Jugendliche in besonderer Weise betreffen. Obwohl ein direkter Rückschluss möglicherweise schwer fällt, ist hiermit beispielsweise eine Rentenpolitik gemeint, die gesellschaftliche Lasten zwischen der älteren aber eben auch auf die jüngere Generation verteilt. Jugendpolitik berührt in diesem Verständnis ferner das Feld der Arbeitsmarktpolitik, weil von Arbeitsmarktfragen und von Arbeitslosigkeit

in besonderer Weise auch Jugendliche betroffen sind. Der Jugendpolitik geht es um Fragen der Generationengerechtigkeit, der Frage nach einer Gestaltung Europas, also nach einem Europa, in dem Kinder und Jugendliche entsprechend ihre Interessen und Bedürfnisse zur Geltung bringen und umgesetzt sehen können. Gemeint sind damit auch Fragen der Bildungspolitik, weil es eben auch und gerade Kinder und Jugendliche sind, die ein Recht auf eine umfassende Bildung haben. Es geht um Familienpolitik, die verhindert, dass Kinder, wie derzeit der Fall, zunehmend zum Armutsrisiko für Eltern werden. Es geht um Fragen des Umweltschutzes, weil es die kommende Generation ist, auf deren Kosten wir leben. Zu berücksichtigen sind aber auch – und dies hat der 11. September in erschreckender Weise gezeigt – wieder verstärkt Fragen der Sicherheitspolitik, weil Kinder und Jugendliche ein Recht auf eine sichere Entwicklung und auf ein Leben in Frieden ohne Bedrohung haben. Es geht um das Thema der Einen-Welt bzw. der Entwicklungspolitik, weil es im besonderen Interesse von Kindern und Jugendlichen ist im Zuge eines intensiveren Zusammenwachsens der Welt gerecht, gleichberechtigt und dialogoffen den Menschen der ganzen Welt zu begegnen. Diese und viele andere Themen sind wichtige Fragestellungen im Bereich einer Jugendpolitik als Querschnittspolitik, bei der es darum geht, Kindern und Jugendlichen einen angemessenen und zukunftsfähigen sowie gerechten Rahmen zum Aufwachsen, Hineinwachsen und Leben in unserer Welt zu ermöglichen.

Natürlich können nicht alle Fragestellungen

3. JUGEND UND POLITIK



und alle Themen von einer Jugendgruppe allein und primär behandelt werden. Wichtig, um ein wirksames Sprachrohr für die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu sein ist aber, Jugendlichen an so konkreten Handlungsfeldern wie möglich bereits vor Ort für Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensumwelt zu sensibilisieren und die Verbundenheit in einem Jugendverband wie der Kolpingjugend zu stärken, damit sie auch zukünftig ein wichtiges und

viel gehörtes Sprachrohr für die Interessen von Kindern und Jugendlichen auf Bezirks-, Kreis-, Diözesan-, Landes-, Regional- oder aber auch auf der Bundesebene sein kann. Diese Verbindung nicht zu pflegen heißt den Jugendverband und damit seine Möglichkeiten und Bestimmungen, für die er da ist, zu schwächen. Auf Schwerpunkte des Handelns der Kolpingjugend im Bereich der Jugendpolitik haben wir uns in den Leitsätzen verständigt.

3.2 Jugend und direkte Demokratie

Das bestehende politische System der repräsentativen Demokratie ist weder zur Lösung der drängendsten Probleme geeignet noch bietet es jungen Menschen ausreichende Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. Deshalb bedarf es einer Frischzellenkur für die Demokratie. Der Kern dieser Auffrischung stellt die direkte Demokratie dar, die gerade jungen Menschen bessere Chancen der Partizipation bietet. Die direkte Demokratie kann wiederum Anlass bzw. der Weg sein, um weitere Formen der Bürgerbeteiligung für junge Menschen durchzusetzen.

Die Krise der repräsentativen Demokratie

Häufig genug wird behauptet, unsere real existierende Demokratie lasse genügend Spielraum für die Mitbestimmung des Einzelnen. Mit der Stimmabgabe bei einer Wahl wird die Souveränität eines jeden Menschen auf Zeit einer Partei übertragen, in der Hoffnung, diese werde schon im Sinne des Wählers bzw. der Wählerin entscheiden. Außerdem gebe es jetzt schon genügend Möglichkeiten der Einflussnahme z.B. durch aktive Parteilarbeit, durch die Beteiligung an Anhörungen, Bürgerfragestunden, Petitionen, Demonstrationen etc. Der Gesellschaft wirklich wichtige Fragen würden ohnehin früher oder später von den Parteien und Parlamenten aufgegriffen.

Doch die Realität sieht meistens anders aus. Die Parteien ähneln sich immer mehr, so dass eine tatsächlich Aus"WAHL" immer schwerer fällt. Bei vielen Fragen handelt eine Partei anders als es sich ihre Wählerinnen und Wähler wünschen. Dies ist aufgrund der vielen Entscheidungen auch gar nicht anders möglich. Das System der Repräsentation stößt ganz automatisch an seine Grenzen. Bei wichtigen politischen Fragen, z.B. Auslandseinsätzen der Bundeswehr, findet sich die Zerrissenheit der Gesellschaft im Parlament kaum wieder. Die aktive Mitarbeit in Parteien schreckt aufgrund der verkrusteten Strukturen viele ab. Schon zahlenmäßig bietet diese Option keine wirkliche Alternative, weil die wichtigsten Entscheidungen ohnehin nur von einem kleinen Führungszirkel in den Parteien getroffen werden.

Auch die internen Abläufe der von der Regierung dominierten parlamentarischen Demokratie trüben den „schönen Schein der Demokratie“ (Hans-Herbert von Arnim). Die wirklich inhaltlich spannenden Debatten finden hinter verschlossenen Türen statt; Bundestags- und Landtagsdebatten sind nur noch ritualisierte Schaulaufen für die Öffentlichkeit, die Entscheidungen sind längst gefallen. Zahlreiche Zwänge engen das „freie“ Mandat des/der Abgeordneten ein. Der Fraktionszwang sorgt dafür, dass Abgeordnete sich im Normalfall der Mehrheitsmeinung Ihrer Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen anschließen; der Koaliti-

3. JUGEND UND POLITIK

onszwang dafür, dass eine ganze Fraktion bzw. Partei Dinge mitträgt, die sie eigentlich für grundsätzlich falsch hält. Und die enge Einbindung in internationale Organisationen wie NATO, WTO oder EU schränken den Handlungsspielraum der gesamten Bundesrepublik Deutschland weiter ein. Und wenn diese ganzen Zwänge immer noch nicht das gewünschte Ergebnis garantieren, dann wird noch nicht einmal vor einem Missbrauch des Grundgesetzes wie im Falle der bisher einmaligen Verknüpfung einer Sachfrage (Bundeswehreinsatz in Afghanistan) mit einer Machtfrage (Vertrauensfrage) zurückgeschreckt.

Viele Menschen wenden sich deshalb ab. Die meisten nur von der Vorstellung, mit ihrer Stimmabgabe wirklich etwas bewirken zu können; viele werden zu Stamm- zu Wechselwählern, immer mehr wählen gar nicht mehr, einige wenden sich radikalen Parteien zu und – bisher noch wenige – gehen der Demokratie insgesamt verloren. Bei jungen Menschen können all diese Tendenzen bereits beobachtet werden: die Wahlbeteiligung von Erst- bzw. Wählern unter 30 Jahren liegt deutlich unter der anderer Wählergruppen, der Anteil jugendlicher bzw. junger Parteimitglieder ist sehr gering und die Bereitschaft zur Wahl rechtsradikaler Parteien signifikant hoch. Zudem arbeiten junge Menschen lieber in zeitlich und sachlich klar umrissenen Projekten mit, bei denen sie sich ein günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag ihres politischen Engagements erhoffen.

Vision Mitbestimmung – die Chance der direkten Demokratie

Diese beschriebenen Defekte des politischen Systems sind nicht durch kleinere Korrekturen oder gar durch die Gründung neuer Parteien behebbar. Andererseits sind auch keine utopischen revolutionären Forderungen vonnöten. Eine klare Alternative ist bereits in unserem Verfassungssystem angelegt – direkte Demokratie.

Damit ist gemeint, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst Politik machen, indem sie in einem Volksentscheid direkt Gesetze beschließen oder andere Entscheidungen treffen können. Dies funktioniert so, dass eine Bürgerinitiative oder ein Verein einen bestimmten Vorschlag oder einen Gesetzesentwurf ausarbeiten und dafür die Unterschriften eines bestimmten Anteiles der Wahlberechtigten sammeln müssen (Volksinitiative). Ist dies gelungen, beschäftigt sich das Parlament mit dem Vorschlag – es kann ihn annehmen oder ablehnen und wenn es das Verfahren zulässt auch einen Kompromiss mit den Initiatoren finden. Kommt es zu keiner Annahme und zu keinem Kompromiss, können die Initiatoren das Volksbegehren einleiten. Auch hier müssen wieder Unterschriften gesammelt werden, allerdings erheblich mehr als bei der Volksinitiative, weil das Volksbegehren sicherstellen soll, dass ein Thema genügend Rückhalt in der Bevölkerung hat, dass darüber ein Volksentscheid stattfinden kann. Bei dem abschließenden Volksentscheid wird dann darüber entschieden, ob

3. JUGEND UND POLITIK



der Vorschlag bzw. der Gesetzentwurf angenommen wird oder nicht. Wird er angenommen, tritt er verbindlich in Kraft, als ob das Parlament diese Entscheidung getroffen hätte. Zentrale Entscheidungen wie Verfassungsänderungen oder wichtige internationale Verträge (z.B. eine europäische Verfassung) sollten obligatorisch abgestimmt werden, d.h. hier findet in jedem Fall eine Volksabstimmung statt, die Vorstufen Volksinitiative und Volksbegehren sind nicht erforderlich.

In Art. 20 des Grundgesetzes ist direkte Demokratie bereits durch die Aussage „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Wahlen und Abstimmungen ... aus-

geübt“ angelegt. Dadurch wird im übrigen auch klargestellt, dass direkte Demokratie nicht die repräsentative Demokratie ersetzt, sondern dass beide Formen nebeneinander koexistieren können. Allerdings fehlt auf Bundesebene eine konkrete Ausgestaltung der direkten Gesetzgebung durch das Volk, während alle 16 Bundesländer mittlerweile die Möglichkeit des Volksentscheides in ihren Verfassungen verankert haben. Auf kommunaler Ebene ist dieses Instrument in allen Bundesländern außer Berlin vorhanden.

Direkte Demokratie ist eine demokratische Selbstverständlichkeit. Wieso wird den Wählerinnen und Wählern die äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zugetraut, die

3. JUGEND UND POLITIK

richtige Partei bzw. die richtige Person auswählen zu können, nicht aber eine bestimmte Sachfrage zu entscheiden? Wenn nun einmal eine Grundsatzentscheidung für die Demokratie gefallen ist (und das ist auch gut so, um einen derzeit sehr populären Spruch aufzugreifen), dann kann das Vertrauen in den Bürger nicht bei Wahlen positiv, bei Abstimmungen aber negativ eingestuft werden.

Neben diesem grundsätzlichen (und kaum widerlegbaren) Argument ist der zweite zentrale Grund für direkte Demokratie die Möglichkeit der Mitbestimmung. Wie bereits oben geschildert, bietet das Wahlrecht keine Möglichkeit der direkten Entscheidung über Sachfragen, was vor allem dann ärgerlich ist, wenn die jeweils gewählte Partei sich in der Opposition befindet bzw. als Regierungspartei nicht das tut, wofür sie gewählt worden ist. Direkte Demokratie bietet die Möglichkeit, das Parlament dort zu korrigieren, wo es nicht mehr repräsentativ handelt und neue Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Die weiter oben beschriebenen Zwänge der repräsentativen Demokratie gibt es in der direkten Demokratie nicht. Einzig und allein die Sachentscheidung steht im Vordergrund, bei einem Volksentscheid gibt es keinen Koalitions- oder Fraktionszwang. Taktik und Strategie spielen im Vergleich zum parlamentarischen System nur eine untergeordnete Rolle. Lobbyinteressen werden zurückgedrängt (ein ganzes Volk kann nicht gekauft werden, einzelne Politiker und Beamte schon eher).

Doch was ist mit den Gefahren der direkten Demokratie, vor denen in politischen Diskussionen immer wieder gewarnt wird? Steht wirklich die Wiedereinführung der Todesstrafe an, wenn das Volk direkt abstimmt? Nein, dies ist schon rechtlich nicht möglich. Volksentscheide können nur zu Themen stattfinden, über die auch das Parlament abstimmen darf. Die Todesstrafe ist völkerrechtsverbindlich abgeschafft worden und verstößt nach herrschender Meinung gegen Art. 1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar“). Davon einmal abgesehen, gab es entgegen leider sehr weit verbreiteten Fehlannahmen nur ein einziges mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrheit für die Einführung der Todesstrafe – im Herbst 1977, als der Terror der RAF die Republik in Atem hielt.

Doch was ist mit Volksbegehren oder Volksentscheiden über Minderheitenfragen? Würde das Volk nicht tendenziell die Rechte von Minderheiten, von Ausländern, Asylbewerbern, sozial Schwachen etc. beschneiden? Hier muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass eine Volksinitiative vom Bundesverfassungsgericht auf seine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz überprüft werden kann. Wenn bestimmte Grenzen überschritten werden, z.B. der geschützte Wesensgehalt von Grundrechten oder das Rechtsstaatsgebot, dann kann eine solche Volksinitiative nicht zugelassen werden. Außerdem ist es für die Betreiber „radikaler“ Initiativen erheblich schwerer, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Was aber, wenn eine diskriminierende Volksinitiative zulässig ist, das Volksbegeh-

3. JUGEND UND POLITIK

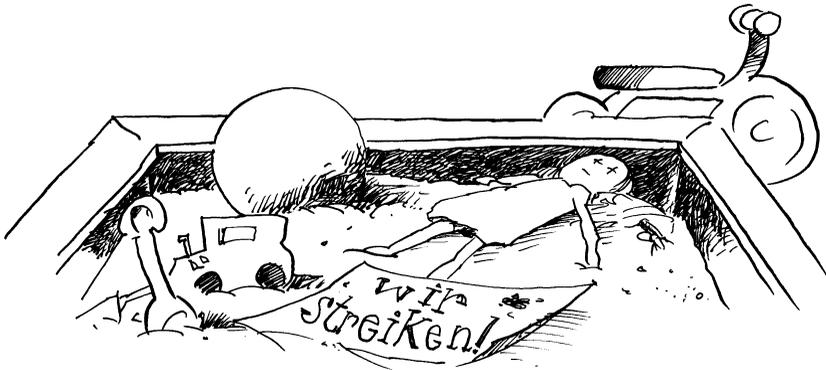
ren geschafft wird und es zur Abstimmung kommt? So etwas kann natürlich nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, es wird aber nach all den Erfahrungen, die wir aus den Bundesländern, der deutschen Geschichte sowie aus dem In- und Ausland kennen, eher die Ausnahme bleiben und nur selten Erfolg haben. In der konservativen Schweiz sind z.B. alle Anti-Ausländer-Volksentscheide gescheitert, ein Versuch zur Einführung der Todesstrafe für Drogendealer ist bereits bei der Unterschriften-sammlung steckengeblieben. Davon einmal abgesehen ist es besser, wenn ein vorhandener Unmut in der Bevölkerung ein Ventil findet als wenn dies unter den Teppich gekehrt wird. Eine offene Diskussion auch über scheinbar unangenehme Themen kann eine bereinigende Wirkung haben und den Initiatoren minderheitenfeindlicher Volksbegehren evtl. auch ihre Isolation in der Gesellschaft verdeutlichen.

Sind die Menschen nicht überfordert damit, komplexe Sachverhalte zu beurteilen und zu entscheiden? Können sie nicht zu leicht von den Medien manipuliert werden? Dieses Argument kann genauso gegen das Wahlrecht angeführt werden. Allerdings ist dort die Medienberichterstattung weit umfangreicher und die diskutierten Themen erheblich komplexer als bei einem Volksentscheid. Dort wird über einen einzigen Sachverhalt entschieden; dies sollte mündigen Bürgerinnen und Bürgern in einer Demokratie zugemutet werden können. Um die Macht der Medien eindämmen zu können, kann nach Schweizer Vorbild vor einem Volksentscheid eine Informationsbrochure an die Bürgerinnen und Bürger ver-

schickt werden, in der neben einer allgemeinverständlichen Zusammenfassung des Abstimmungsthemas auch die jeweiligen Pro- und Contra-Argumente gleichberechtigt aufgeführt werden.

Die Chance, die sich gerade jungen Menschen bei direkter Demokratie bietet, ist der Projektcharakter. Wer eine Volksinitiative startet und bis zum Volksentscheid durchbringt, der hat ein zeitlich und sachlich klar umrissenes Projekt, für das er oder sie sich einsetzt. Es handelt sich nicht um hochtrabende, aber überwiegend folgenlose Diskussionen über ganz große Veränderungen, sondern um einen verbindlichen Weg, direkt politische Entscheidungen mitzugestalten, ohne sich zwingend einer politischen Partei anschließen zu müssen. Ganz konkret kann natürlich auch versucht werden, jugendpolitische Entscheidungen auf diese Art und Weise zu treffen. Z.B. könnte auf kommunaler Ebene der Aufbau eines Jugendclubs auf den Weg gebracht bzw. die geplante Schließung eines solchen Clubs verhindert werden. Auf Landes- oder Bundesebene könnten Volksinitiativen zur Senkung des Wahlalters auf den Weg gebracht werden.

Durch direkte Demokratie zu mehr Beteiligung



Direkte Demokratie wirkt aber bereits dadurch, dass es sie gibt. Die politischen Repräsentanten müssen sich mehr Mühe geben, ihre Politik verständlich zu machen und das ständige Gespräch mit den Menschen suchen. Und umgekehrt sehen auch diese sich veranlasst, sich mehr um politische Fragen zu kümmern, weil ihnen mehr Verantwortung zufällt. Deswegen werden beide Seiten die vielfältigen, teilweise bereits vorhandenen Formen unverbindlicher, aber gleichwohl ergiebiger Bürgerbeteiligung nutzen:

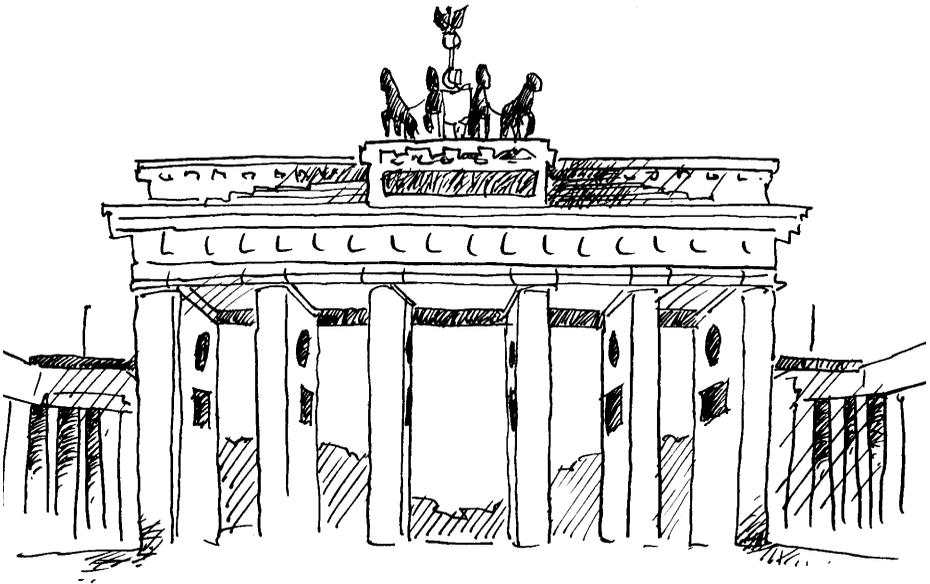
- Befragungen und Anhörungen werden stärker angeboten und genutzt
- beratende Gremien wie Beiräte oder Runde Tische werden wichtiger
- die direkte Demokratie kann Anlass oder auch Weg sein, um Jugendräte oder Jugendparlamente einzurichten
- Bürgerbüros und Freiwilligenzentren können Engagement wecken

- kommunale Haushalte können nach dem Vorbild von Porto Alegre in partizipativer Form aufgestellt werden
- selbst komplizierte Fragen können mit einem Bürgergutachten gelöst werden

Ohne funktionierende direktdemokratische Elemente werden diese „weichen“ Instrumente aber im wesentlichen eine Spielwiese bleiben, für die sich die Politiker, Parteien und Parlamente nicht ernsthaft interessieren werden, weil ihnen im Falle der Nichtbeachtung ja keine ernsthaften Konsequenzen drohen. Eine ernstzunehmende Bürgerbeteiligung wird es ohne direkte Demokratie nicht geben. Gerade junge Menschen sollten sich dafür einsetzen.

Michael Efer
Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie e.V.
www.mehr-demokratie.de

3.3 In Berlin mitmischen!!!



Mittlerweile haben wir uns schon alle daran gewöhnt: Die Bundesregierung und das Parlament haben ihren Sitz in Berlin bezogen. Das Parlament ist erst vor zwei Jahren umgezogen. Wenige erinnern sich noch an die heißen Diskussionen um die Frage des Regierungssitzes.

Doch diese empfundene Selbstverständlichkeit ist nur an der Oberfläche so, darunter existiert viel Unmut und Chaos. Fast alle Ministerien auf der Bundesebene sind

geteilt: die Leitung des Hauses und die Grundsatzreferate sitzen in Berlin, weitere Referate und die Administration in Bonn. Nach wie vor pendeln viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Berlin ins Rheinland. Die Wege in Berlin zwischen den Regierungsgebäuden und zu den Lobbyisten sind weiter als in Bonn. Dies sind nur einige praktische Hindernisse, die die Politik in Berlin bestimmen und teilweise behindern. Daneben entsteht in Berlin eine andere Dy-

3. JUGEND UND POLITIK

namik in den politischen Abläufen als dies in der doch recht beschaulichen Stadt Bonn noch der Fall war: Die meisten Organisationen, Lobbyisten, Stiftungen und Medienzentralen haben ihren Sitz nach Berlin verlegt oder zumindest eine Hauptstadtvertretung eingerichtet. Dies führt zu einer Konzentration der politischen Prozesse auf die Bundeshauptstadt, die teilweise die Situation über Berlin hinaus auszublenden droht.

Die Medien sind in den letzten Jahren zahlreicher geworden, was zu einer bemerkbar höheren Anzahl an Journalisten und Korrespondenten in Berlin führt, die einen stärkeren Konkurrenzkampf um exklusive Informationen eingehen müssen. Auf der einen Seite reagiert die Politik mit einer stärkeren Hinwendung zu den Medien, auf der anderen Seite bemühen sich die Politiker und Politikerinnen um Orte, an denen sie geschützt vor den Medien diskutieren können. Die informellen Gespräche gewinnen eine neue Bedeutung.

Es wäre noch viel zu sagen über die besondere Situation der Bundespolitik in Berlin, für einen katholischen Jugendverband ist eine Komponente noch wichtig zu erwähnen: die Situation der katholischen Kirche und der katholischen Jugendverbände in der Bundeshauptstadt. Die katholische Kirche hat in Berlin nicht die Bedeutung, die ihr noch im Rheinland zukommt. Ihre Strukturen sind schwächer und die Anzahl der Katholiken und Katholikinnen geringer im Vergleich zu anderen Diözesen. Im Umfeld Berlins stellt sich die Situation ähnlich dar. Dies trifft natürlich auch die katholischen Jugendverbände, die in den Diaspo-

ragebieten des Ostens wenig ausgeprägt sind. Darüber hinaus nimmt die Akzeptanz und die Bedeutung der Kirchen in der Gesellschaft ab. Dies alles hat Einfluss auf die Bundespolitik in dem Sinne, dass die katholische Kirche mit ihren Vertretern und Vertreterinnen aktiver auf die Politiker und Politikerinnen zugehen müssen und die Bedeutung der Arbeit in den Kirchen für die Menschen, die Gesellschaft und die Politik darlegen müssen.

Dies sind nur einige Schlaglichter auf die Situation am neuen Regierungssitz. Die katholischen Jugendverbände sind ebenfalls Akteure in dieser politischen Landschaft und mischen sich gemäß ihrem Selbstverständnis als Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in die Politik ein. Doch auch wir merken die Auswirkungen der oben beschriebenen Veränderungen in den politischen Prozessen. Auch wir erleben eine schwindende Akzeptanz unserer Arbeit und einen erhöhten Rechtfertigungsdruck.

Die Jugendverbände ziehen die richtigen Konsequenzen aus dieser Situation, in dem sie mehr in Berlin präsent sind, wie z.B. die Kolpingjugend mit der Jugendpolitischen Praxiswoche, die KSJ mit der Sommerakademie und die KLJB mit ihren politischen Gesprächen im Rahmen der Grünen Woche. Auch die BDKJ-Hauptversammlung hat mit ihrer Entscheidung auf Einrichtung eines Büros in Berlin die jugendpolitische Interessenvertretung verstärkt. Der BDKJ-Bundesvorstand verfolgt das Ziel, die Arbeit der katholischen Jugendverbände in der Bundespolitik stärker zu präsentieren und

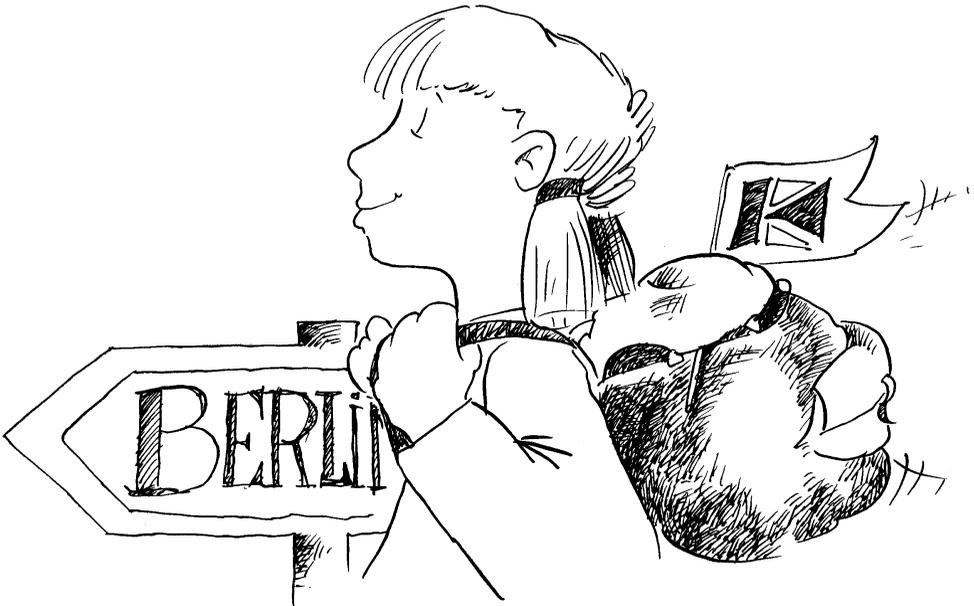
3. JUGEND UND POLITIK

mehr Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Was heißt das konkret? Ein Mitglied des BDKJ-Bundesvorstandes, derzeit Gaby Hagmans, hat seinen Sitz nach Berlin verlegt und wird dort in der jugendpolitischen Arbeit von dem neu zugeschnittenen Referat „Jugend- und Frauenpolitik“ unterstützt. Über das Büro in Berlin verstärkt der BDKJ-Bundesvorstand seine Kontakte zu Parlament, Regierung und Parteien. Dies bedeutet eine Vielzahl an offiziellen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Organisationen und Institutionen, wie z.B. Anhörungen, Konferenzen, Spitzengespräche, Podiumsdiskussionen etc., aber auch viele

informelle, wie z.B. Parlamentarische Abende, Netzwerktreffen u.a.m. Diese letztgenannte Form der Lobbyarbeit ist schwer in Rechenschaftsberichten darzulegen, ist jedoch für die Kontaktarbeit unerlässlich und gewinnt in Berlin zunehmend an Bedeutung.

Seine Kontakte nutzt der BDKJ-Bundesvorstand, um Schwerpunkte und Positionen der katholischen Jugendverbände zu transportieren, aber auch, um der Politik beratend und unterstützend zur Seite zu stehen – z.B. in konkreten Gesetzgebungsverfahren, wie derzeit bei der Erstellung des Freiwilligengesetzes aber auch bei jugendpolitischen Initiativen, wie der großen Anfrage zur Jugendpolitik und dem daraus folgen-



3. JUGEND UND POLITIK

den Entschließungsantrag. Gleichzeitig ermöglicht eine gute Kontaktarbeit, Informationen frühzeitig zu bekommen und Informationen direkt und schnell weiterzugeben. So sind schon im Vorfeld öffentlicher Diskussionen viele Gespräche zwischen Politikerinnen und Politikern und den Lobbyisten gelaufen und gegensätzliche Positionen teilweise geglättet.

Neben der Kontaktarbeit ist eine inhaltliche Profilierung notwendig, die die Schwerpunktsetzung des BDKJ auf der Bundesebene deutlich macht. Derzeit konzentriert sich der BDKJ in der nationalen Jugendpolitik stark auf sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen sowie in einem weiteren Schwerpunkt auf die engere Jugendhilfepolitik.

Der BDKJ ist Mitglied im Deutschen Bundesjugendring. Die Arbeit in den Gremien des DBJR (Deutscher Bundesjugendring) nimmt viel Raum in der jugendpolitischen Interessenvertretung des BDKJ-Bundesvorstandes ein. Der DBJR ist eine Arbeitsgemeinschaft von 22 Jugendverbänden auf Bundesebene und den 16 Landesjugendringen. Er vertritt zum einen die Interessen dieser Jugendorganisationen und zum anderen die Interessen der Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Der DBJR ist damit neben der Deutschen Sportjugend die größte Lobbyorganisation für Kinder und Jugendliche. Er hat einen festen Platz in vielen jugendpolitisch wichtigen Gremien, wie z.B. den meisten bilateralen Jugendräten im internationalen Jugendaustausch und in der Mitgliederversammlung des Deutschen Jugendinstitutes. Derzeit ist eine starke Verzahnung

des BDKJ mit dem DBJR gegeben, da Gaby Hagmans für weitere zwei Jahre als Vorsitzende des DBJR wiedergewählt wurde.

In aller Kürze waren hier nur ein paar Schlaglichter auf die Arbeit des BDKJ-Bundesvorstandes in Berlin und auf die Einordnung in die Bundespolitik möglich. Ich würde Euch/Ihnen gerne mehr erzählen, besucht mich/besuchen Sie mich doch mal in Berlin: BDKJ-Bundesvorstand, Büro Berlin, Chausseestr. 128 a, 10115 Berlin, 030/2887895-0

Gaby Hagmans
BDKJ-Bundesvorsitzende
DBJR-Vorsitzende

4. Kolpingjugend und Politik

4.1 Was hat die Kolpingjugend mit Politik zu tun?

Vorbemerkung oder: „Vorsicht mit Begrifflichkeiten“

Der 1846 entstandene katholische Gesellenverein, aus dem 1850 ein Verband wurde – das heutige Kolpingwerk – war mit seiner Zielgruppe lediger männlicher Handwerksgelesen im Alter von etwa 18-30 nach heutigem Verständnis ein Jugendverband. Tatsächlich verstand er sich aber von seiner Mitgliedschaft her als „Standesverein“. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ist eine eigenständige katholische Jugendbewegung entstanden, was im Gesellenverein zu heftigen Debatten um „Zuständigkeiten“ resp. „Abgrenzungen“ führte.

Im Zusammenhang mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland kam es zu tiefgreifenden Veränderungen im Verband: Neben den traditionellen Gesellenverein (später Gruppe „Kolping“ genannt) trat die Gruppe „Altkolping“, gebildet aus ehemaligen Mitgliedern, die verheiratet waren und/oder eine selbständige Existenz begründet hatten.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine eigenständige Jugendverbandsarbeit im Kolpingwerk. Neben die Gruppe Kolping (später Gruppe Kolping / Junge Erwachsene) trat die Gruppe Jungkolping; beide Gruppen

bildeten nun die Kolpingjugend, die heute alle Mitglieder bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres umfasst.

Ausgangslage



Wandernde Gesellen ohne festen Wohnsitz und ohne berufliche/ gesellschaftliche Etablierung resp. Verwurzelung, dazu in einem gesellschaftlich relativ „bescheidenen“ Status, was etwa Einkommen, Bildung und Ansehen betraf. So stellt sich die traditionelle Mitgliedschaft im katholischen Gesellenverein dar. Da war unter den gegebenen Umständen kein Ansatz/ keine echte Chance für konkretes, nachhaltiges politisches Wirken/ Engagement gegeben, nachdem Politik in dieser Zeit mehr oder weniger ausschließlich eine Sache des etablierten Bürgertums war.

Das, was möglich war und entsprechend praktiziert wurde, war eine im weitesten Sinne verstandene politische Bildung unter

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

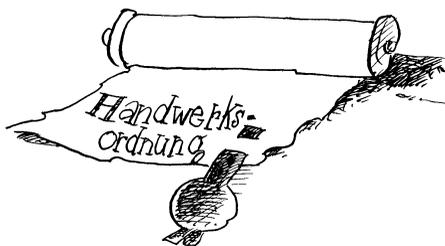
der kolping'schen Devise des „tüchtigen Bürgers“. Klarer Akzent war in diesem Zusammenhang die Zielperspektive des selbständigen Handwerksmeisters, der im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gesellschaftliche und damit auch politische Mitverantwortung übernehmen sollte.

Der Geselle sollte etwas aus sich machen, erst einmal mit seinem eigenen Werdegang in Beruf und Familie zurechtkommen, ehe daran zu denken war, sich irgendwie politisch zu betätigen, soweit dies überhaupt relevant war. Insofern musste der Akzent auf der „Staatsbürgerkunde“ liegen, d.h. Erziehung zum „braven“, gehorsamen Staatsbürger, der den zuständigen Kräften und Autoritäten ihr Feld überließ. Wichtig dabei ist die traditionelle Analogie gesellschaftlicher und kirchlicher Strukturen, Erfahrungen, Verhaltens- und Orientierungsmuster! Kolping: Für den Gesellen (Handwerker) ist Politik nicht der „Beruf“!

Politik im Sinne von parlamentarischer Arbeit war als weitestgehend ehrenamtliches und unentgeltliches „Geschäft“ denen überlassen, die es sich von Bildung und Besitz her leisten konnten. Akzeptanz im politischen Leben fand nur der, der auch in gesellschaftlicher Hinsicht „oben“ mit dabei war! Die unteren Schichten, so die Erfahrung, machten höchstens Revolution! Im Übrigen galt in Preußen bis 1918 das Dreiklassen-Wahlrecht, das einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten nur eine begrenzte Teilhabe am politischen Leben ermöglichte. Insgesamt muss zudem auch eine gewisse Distanz der katholischen Kirche, d.h. auch der Katholiken zum weit- hin liberal geprägten Staat und damit auch

zum politischen „Geschäft“ gesehen werden. Staatlicherseits (speziell auf Preußen hin gesehen) bestanden Misstrauen und Sorge gegenüber allen katholischen Initiativen und Aktivitäten. Zudem herrschte eine generelle Angst vor allen freien bürgerlichen Kräften/ Initiativen mit unmittelbarer gesellschaftlicher (politischer) Relevanz.

Gesellenverein und Politik



Über viele Jahrzehnte hinweg war die „Behandlung politischer Angelegenheiten“ im Gesellenverein satzungsmäßig ausdrücklich verboten. Dieses sogenannte „Politik-Verbot“ ist nur vor dem Hintergrund aller relevanten Faktoren verständlich; es bedeutet in keinem Falle einen „unpolitischen“ Kolping- bzw. Gesellenverein! Tatsächlich ging es „nur“ darum, risikoreiche Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes zu umschiffen.

In der Praxis der Verbandsarbeit war, wie erwähnt, die im weitesten Sinne verstandene politische Bildung ein wichtiger und unverzichtbarer Kernbestandteil der Bildungsarbeit. Nach dem sog. „Kulturkampf“ der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts kam politischen Themen im Gesellenverein

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

zwangsläufig eine wachsende Bedeutung zu. Da begann mit der einschlägigen Sozialgesetzgebung der Aufbau neuer sozialer Sicherungssysteme, da entstand eine unabhängige, zunächst nachdrücklich sozialistisch geprägte Gewerkschaftsbewegung, da entfaltete sich die katholische Soziallehre und entwickelte sich eine selbstbewusste katholische Sozialbewegung, und da kam es schließlich zu neuen Regelungen im Bereich des Handwerks (Handwerksordnung) – alles Themen von mehr oder weniger unmittelbarer Bedeutung für die Mitglieder des katholischen Gesellenvereins, an denen dieser nicht vorbeigehen konnte. Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat der Verband versucht, seine Mitglieder zum engagierten Mittun im Bereich relevanter gesellschaftlicher und politischer Mitwirkungsmöglichkeiten anzuregen und zu befähigen, und dies immer sowohl mit der gebotenen „Rücksicht“ auf gegebene Machtverhältnisse als auch im Kontext aktueller Meinungsbildungsprozesse im katholischen „Lager“.

Chance und Herausforderung zum Engagement



Mit der Weimarer Republik existierte nach 1918 in Deutschland erstmalig eine wirkli-

che Demokratie mit entsprechend breiten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger. Das Kolpingwerk hat diese Chance genutzt und seine Bildungsarbeit entsprechend ausgerichtet. Damit ging eine „Emanzipation“ der Laien in der Verbandsleitung einher: Nach rund 70 Jahren einer mehr oder weniger alleinigen Dominanz der Präsidien auf der überörtlichen Ebene wurde den Vertretern der Mitglieder durch die Generalversammlung des Jahres 1921 (wieder) das Recht zur aktiven Mitwirkung in den grundlegenden Verbandsangelegenheiten eingeräumt. 1928 entsteht ein eigenständiger deutscher Zentralverband im Kolpingwerk, der 1929 seine erste Zentralversammlung durchführt, die aus den Diözesanpräsidien und den Diözesansenioren (Vertreter der Mitglieder) besteht.

Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus, der vom Gesellenverein ebenso wie vom gesamten bürgerlichen Lager „unterschätzt“ worden war, beginnt eine Zeit der zunehmenden Unterdrückung. Ein katholischer „Standesverein“ mit der ausdrücklichen Maßgabe der im weitesten Sinne verstandenen politischen Interessenvertretung – speziell im Handwerk – passte nicht zum Alleinvertretungsanspruch der neuen Machthaber. Der Verband wurde in seinen Wirkungsmöglichkeiten nach und nach auf den religiös-kirchlichen Bereich beschränkt; im Zweiten Weltkrieg kam die Verbandsarbeit weitestgehend zum Erliegen.

In dieser Situation kam es durch die deutsche Zentralversammlung 1933 zu einer grundlegenden Neuformierung des Verbandes: Neben den traditionellen Gesellenverein trat, wie eingangs erwähnt, die Gruppe „AltKolping“, gebildet aus ehemaligen Mit-

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

gliedern. Das gemeinsame „Dach“ dieser beiden Gruppen bildete nun die Kolpingsfamilie.

Wandel und Öffnung



Tiefgreifende Wandlungsprozesse haben sich im Kolpingwerk nach 1945 vollzogen, genauer gesagt der Übergang vom einstigen Gesellenverein zur heutigen Kolpingsfamilie, die in der Regel pfarrbezogen arbeitet und die offen ist für Jungen und Mädchen, Männer und Frauen aus allen Altersbereichen und Berufen. In diesem Zusammenhang ist auch die heutige Kolpingjugend entstanden, geprägt vor allem durch das Entstehen der Gruppe Jungkolping in den 60er Jahren, die letztlich erst dem Kol-

pingwerk das Spezifikum eines (auch) Jugendverbandes zugeführt hat.

Mit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland haben sowohl die politische Bildung als Bestandteil der Verbandsarbeit als auch die Wahrnehmung einer politischen Interessenvertretung durch den Verband neue Chancen bekommen, die konsequent genutzt wurden. Tatsächlich verfügt unsere Gesellschaft ja über ein außerordentlich breites Spektrum an politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten, wie es so nie zuvor bestanden hat.

In der Konsequenz haben Mitglieder des Kolpingwerkes – und auch aus den Reihen der Kolpingjugend – wichtige Aufgaben in allen einschlägigen Bereichen der politischen und gesellschaftlichen Mitwirkung und Mitverantwortung übernommen, von der Politik in der ganzen Bandbreite zwischen der kommunalen und der Bundesebene über die Mitwirkung im Handwerk bis hin zur sozialen Selbstverwaltung, zum Engagement in der Arbeitswelt als Betriebs- oder Personalräte und zum ehrenamtlichen Dienst im Arbeits- und Sozialrechtswesen.

Wohin geht die Reise?

Heute müssen wir uns allerdings fragen, wie es mit dem Thema „Kolpingjugend (Kolpingwerk) und Politik“ aussieht, wie es hier weitergehen soll oder kann. In der gesamtgesellschaftlichen „Großwetterlage“ ist viel von „Politikverdrossenheit“ und/ oder vom „Rückzug ins Private“ die Rede. Das politische Engagement des Kolpingwerkes wird,

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK



so die Ergebnisse der Mitgliederbefragung von 1999, als nicht besonders wichtig eingeschätzt. Ehrenamtliches Engagement im politischen und gesellschaftlichen Raum ist, so scheint es, eher auf „spontane“ Aktivitäten gerichtet als auf den zugegeben „mühsamen“ Prozess des Mittuns im sogenannten „normalen“ politischen Alltag in seiner spezifischen Verfasstheit. Und dennoch bleibt eben dieser „Alltag“ der entscheidende Ansatzpunkt für ein nachhaltiges politisches Wirken engagierter Kolping-Mitglieder, wenn wir es ernst meinen mit dem Motto des Kolping-Jugendtages 1973, das da lautete: „Handeln – nicht behandelt werden“.

Einfache Antworten auf derartige Fragen und Herausforderungen kann es nicht geben, erst recht keine Patentrezepte. Vielleicht kann ein Gedanke Adolph Kolpings zum Schluss als hilfreicher Impuls dienen: „Wir sollen und müssen in dieser Welt ohne

Rücksicht auf Lohn und Anerkennung, selbst ohne Rücksicht auf momentanen Sieg oder Niederlage, für jedes gute Recht eintreten und dasselbe verteidigen, weil das eine Forderung des Gewissens ist. Wir leben einmal in keiner Zeit der Ruhe, des Geheulassens, der tatenlosen Ergebenheit, und müssten uns schämen, auf ich weiß nicht welche wunderbare Hilfe des Himmels zu vertrauen, dabei aber selber die Hände in den Schoß zu legen oder sich mit der faden Ausrede zu behelfen, es nutze doch nichts! Nein, das Nichtstun nutzt nichts; das Geschehenlassen ohne Widerspruch ist da vom Bösen, wo man noch die Freiheit und Gelegenheit hat, Widerspruch erheben zu können.“

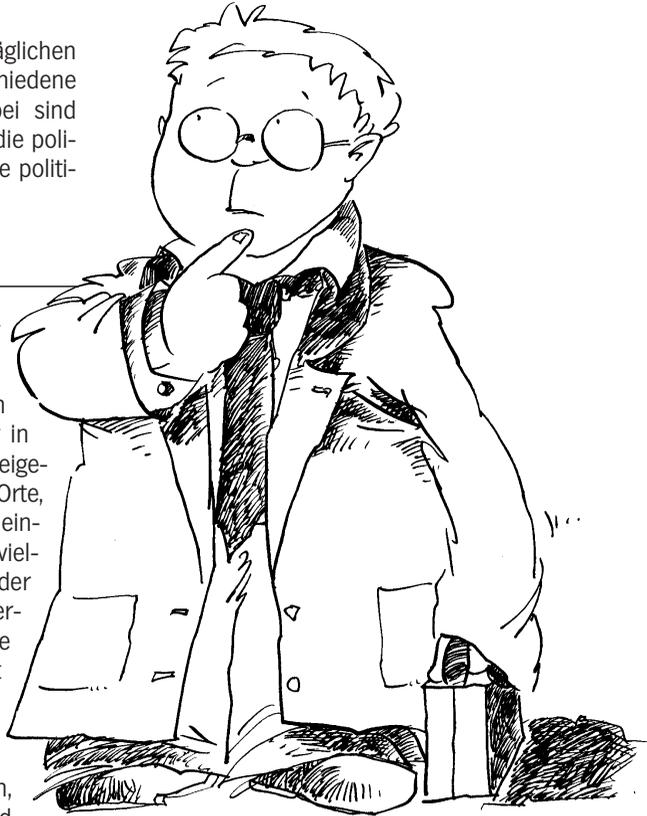
Michael Hanke
Bundessekretär des Kolpingwerkes

4.2 Wie handelt die Kolpingjugend politisch?

Die Kolpingjugend ist in ihrem täglichen Handeln bemüht, sich auf verschiedene Weise politisch einzubringen. Dabei sind vor allem zwei Wege dominierend: die politische Interessensvertretung und die politische Bildung.

Politische Interessensvertretung

Die Leitungen der Kolpingjugend sind auf allen Ebenen des Kolpingwerkes bemüht, die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten – speziell stehen hier in vielen Bereichen die Interessen der eigenen Mitglieder im Vordergrund. Die Orte, an denen die Anliegen der Jugend eingebracht werden, sind dabei sehr vielfältig. Die Vertretung im Vorstand der Kolpingsfamilie oder des Kolpingwerkes gehört hier ebenso dazu, wie die Lobbyarbeit im Pfarrgemeinderat oder Sachausschuss Jugend einer Kirchengemeinde, dem BDKJ, einem Jugendhilfeausschuss oder einem Jugendring. Immer dann, wenn es gilt, Partei für Kinder und Jugendliche zu ergreifen, ihren Lebensraum zu sichern, spezielle Projekte zu unterstützen oder einfach „nur“ die Anliegen junger Menschen in die Diskussion einzubringen, handelt es sich um politische Interessensvertretung. Auch das Engagement von einzelnen Jugendlichen in Parteien, Interessensverbänden und nicht zuletzt der Mitarbeit in Kolpingjugend und Kolpingwerk darf



hier nicht vergessen werden.

Welche Themen sich die einzelnen Kolpingjugend-Gruppen dabei „vornehmen“, entscheiden sie selber. Dabei gilt der Leitspruch Adolf Kolpings „Die Nöte der Zeit werden Euch lehren, was zu tun ist“.

Wichtige Politikbereiche, mit denen sich die Kolpingjugend in weiten Teilen Deutschlands beschäftigt, sind Jugendpolitik, Aus-

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

bildung und Arbeit(-losigkeit), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Eine-Welt-Arbeit und Kirchenpolitik. Dieses wird auch durch die Schwerpunkte auf der Bundesebene deutlich, die zum einen die Lehrstellenbörse betreibt, zum anderen sich in Arbeitsgruppen mit den Themen „Jugend und Politik“, „Jugend und Kirche“, „internationale Jugendfragen“ beschäftigt. Durch die Aktion „Wer Mut zeigt, macht Mut“ bezieht die Kolpingjugend zudem deutlich Stellung gegen Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und Fremdenhass.

Politische Bildung

Die politische Interessensvertretung geht in vielen Bereichen in die politische Bildung über. Sie benötigt die Bildungsarbeit aber auch als Grundlage für eine Vertretung auf dem Boden von vorhandenem Fachwissen. Unter politischer Bildung werden im Allgemeinen die Bemühungen verstanden, Menschen politische Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln, das Interesse auf politische Zusammenhänge zu lenken, ihre Urteilskraft zu stärken und gegebenenfalls ihr politisches Engagement zu fördern.

Auch in diesem Bereich ist die Kolpingjugend und überdies das Kolpingwerk als Ganzes auf vielfältige Weise tätig. Das beginnt bei der Gruppenstunde, in der sich die Leitung bemüht, den Kindern und Jugendlichen bestimmte Themen (auch des täglichen Lebens) näher zu bringen. Informationsstände und Präsentationen zu Arbeitsschwerpunkten (z.B. Partnerschaften mit Kolpingsfamilien in anderen Teilen der Welt) gehören ebenso zur politischen Bildung wie Studienteile auf Diözesan- oder

Bundeskonferenzen, thematische Veranstaltungen und Seminare. Der Bereich der kolpingeigenen Bildungswerke hat sich u.a. die politische Bildung zu einem seiner Schwerpunkte gemacht.

Politische Bildung muss nicht immer etwas mit dem, was man meistens als „Politik“ bezeichnet, zu tun haben. Schon die Beschäftigung mit der eigenen Verbandsgeschichte und -gegenwart fällt in diesen Bereich. Wenn wir darüber sprechen, warum unser Verband demokratisch aufgebaut ist und wie diese Demokratie gelebt wird (z.B. bei der Wahl von JugendvertreterInnen, der gemeinsamen Festlegung der Themen für die nächsten Gruppenstunden usw.), bilden wir uns gegenseitig politisch weiter. Selbst die Festlegung der Leitsätze und die Art und Weise, wie alle Ebenen der Kolpingjugend zu Ihrer Entstehung beigetragen haben, war politisch. Sowohl die verbandlichen Strukturen als solche als auch das Engagement in ihnen sind Demokratieschule und befähigen zum gesellschaftlichen Engagement.

Und das tollste dabei ist, dass wir uns in unserer politischen Bildung und unserer politischen Interessensvertretung nicht nur auf uns selber beziehen, sondern die Menschen außerhalb des Kolpingwerkes einbeziehen und daran teilhaben lassen – und so zur demokratischen und weltoffenen (gesellschaftlichen und kirchlichen) Gemeinschaft in unserer Umgebung „Im Kleinen“ und in unserem Lande und der Welt „im Großen“ beitragen.

4.3 Praxisbeispiele



Auf den folgenden Seiten findet Ihr zahlreiche Praxisbeispiele aus verschiedenen Diözesanverbänden der Kolpingjugend und dem Bundesverband. Sie sollen Anregungen sein, wie man sich mit Politik im Allgemeinen oder mit speziellen politischen Themen befassen kann. Die meisten Ideen lassen sich auch auf andere Themenbereiche übertragen. Nachahmungen und Weiterentwicklungen sind unbedingt gewollt - damit wir alle weiterhin das „bunte Gesicht der Kolpingjugend“ durch vielfältige Gruppenstunden, Aktionen und Projekte mitprägen.

POLIT-PARCOURS

[Der Polit-Parcours wurde vom Arbeitskreis Jugendpolitik der Kolpingjugend im DV Augsburg entwickelt. Vorgestellt werden einige beispielhafte Stationen. Der komplette Parcours ist bei der Kolpingjugend im DV Augsburg erhältlich.]

Ziel: spielerische Auseinandersetzung mit politischen Themen und Organen.

Zeit: je nach Anzahl der Stationen mind. 2-3 Stunden.

Material: Parcours mit vorbereiteten Stationen
Laufzettel für die Stationen
Farbige Namensschilder entsprechend den Parteien

Beschreibung: Die Teilnehmerinnen werden in Gruppen aufgeteilt. Die Gruppenmitglieder besuchen gemeinsam alle Stationen des Parcours. Für jede Station hat die Gruppe eine festgelegte Zeit. Jede Gruppe erhält einen Laufzettel für die Stationen. An den Stationen muss die Gruppe eine bestimmte Aufgabe lösen.

Ablauf: 1. Station: **Werbeagentur der Partei**
Die Gruppe soll in begrenzter Zeit für Ihre Partei ein Plakat oder eine Homepage-Seite zur Motivierung und Werbung von Jugendlichen entwerfen.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

Material: Papier, unterschiedliche Mal- und Zeichenutensilien

2. Station: **Wahlbüro**

Jede Teilnehmerin/jeder Teilnehmer versetzt sich in die Situation einer Bürgerin, eines Bürgers der Schweiz (direkte Demokratie) und erhält einen Stimmzettel, auf dem sie/ er in einer bestimmten Zeit persönlich, mit Unterschrift, über einige aktuelle Fragen in der Politik entscheiden muss. Ein Wahlzettel mit Informationen wird verteilt (einige ausgewählte Abstimmungen aus der Schweiz, z.B. Einbürgerung, Gehalt Abgeordnete; ein Gesetz). Anschließend tauschen sich die Teilnehmer/innen darüber aus, wie es ihnen ergangen ist und stellen diese beiden Formen der Demokratie gegenüber.

Material: Stimmzettel, Stifte, Schaubild, evtl. Aufkleber mit Schweizer Flagge

3. Station: **Zum Adler!**

Die Gruppe soll auf einem Arbeitsblatt zu verschiedenen „Stammtischparolen“, die im Raum verteilt auf Plakaten geschrieben sind, Gegenargumente und Reaktionen finden.

Material: „Stammtischparolen“ (Hilfe: Buch „Argumentationshilfen gegen Stammtischparolen“, Bundeszentrale für politische Bildung); Arbeitsblätter, Stifte

4. Station: **Gesetzes-Dschungel**

In einem Raum verteilt sind Gegenstände und auf Karten dabei Verweise auf Gesetze. Einige Gegenstände und Gesetzestexte existieren nicht. Die Gruppe muss die falschen Punkte finden.

Material: Gegenstände mit dazugehörigen Gesetzestexten, Papier, Liste mit richtigen Gesetzen und Quellenangaben, Stifte

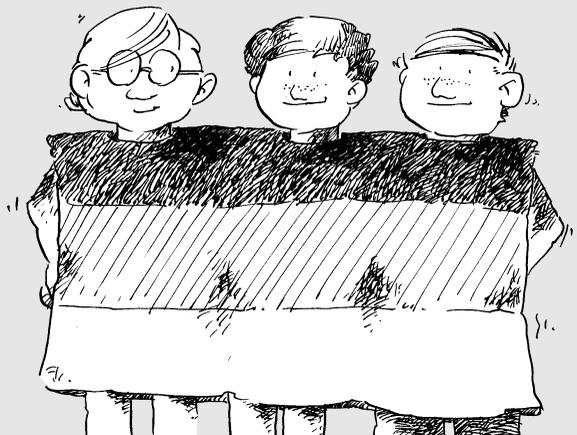
4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

JUGENDPOLITISCHE PRAXISWOCHE

Zweimal wurde von der Kolpingjugend Deutschland in den letzten beiden Jahren eine Jugendpolitische Praxiswoche im Deutschen Bundestag durchgeführt. Eine Woche lang haben Jugendliche und junge Erwachsene die Bundespolitik „hautnah“ erlebt. Dieses gelang vor allem dadurch, dass Kolpingbrüder und -schwestern, die dem Bundestag als Abgeordnete angehören, Praktikumsplätze für die TeilnehmerInnen zur Verfügung gestellt haben. Die PraktikantInnen hatten somit die Gelegenheit, an Arbeitsgruppen und Ausschusssitzungen teilzunehmen, zu Empfängen, Anhörungen und Lobbyistenanhörungen mitzugehen und die Arbeit in einem Abgeordnetenbüro kennen zu lernen. Daneben gehörten Besuche von Plenarsitzungen im Bundestag und im Bundesrat, Diskussionen mit Abgeordneten zu jugendpolitischen und mit VertreterInnen des BDKJ und des Katholischen Büros zu kirchenpolitischen Themen zum Programm. Zu den Highlights zählten die Gespräche mit dem Bundestagspräsidenten, Wolfgang Thierse (im ersten Jahr), und seinem Stellvertreter, Rudolf Seiters (im zweiten Jahr).

Eine Einführung in Aufgaben und Arbeit des Deutschen Bundestages, ein Planspiel und Besichtigungen von historischen Stätten Berlins rundeten die Woche ab.

Die jugendpolitische Praxiswoche der Kolpingjugend soll auch in den nächsten Jahren durchgeführt werden. Einige Diözesan- und Landesverbände beabsichtigen, diese Veranstaltung auch auf die Landesparlamente hin anzubieten.



4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

„WER WIRD BUNDESTAGSPROFI?“

(Das Spiel ist von Petra Prigge für die 2. Jugendpolitischen Praxiswoche der Kolpingjugend entwickelt worden. Auszugsweise stellen wir hier einige Fragen vor. Das komplette Spiel steht im Internet unter www.kolping.de/jugend „Kolpingjugend und Politik“ zur Verfügung.)

Ziel: Einführung in Aufbau und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages (Stand: 2001)

Zeit: ca. 1,5 bis 2 Stunden

Gruppen: 3 gleichgroße und „gleichstarke“ Gruppen (je ca. 5-10 Personen)

Material: Overheat-Projektor, 45 Fragen auf Folien, Folienstift, Punktetafel, 3x3 Joker-Karten

Ablauf: Der ersten Person aus Gruppe 1 wird von der Spielleitung die erste Frage gestellt, die diese alleine beantworten muss. Wird die Frage richtig beantwortet, bekommt Gruppe 1 100 Punkte, wird sie falsch beantwortet, bekommt sie keine. Danach spielen die jeweils erste Person aus Gruppe 2 und 3 nacheinander jeweils nach den gleichen Regeln um 100 Punkte. Die zweite Runde beginnt bei der zweiten Person in Gruppe 1, die um 200 Punkte spielt u.s.w. Insgesamt gibt es 15 Runden, also 45 Fragen. Die Gruppe, die am Ende die meisten Punkte hat, gewinnt das Spiel.

Joker: Jeder Gruppe stehen 3 Joker zur Verfügung (möglichst farblich zu unterscheiden), die jeweils nur einmal eingesetzt werden können:

- Telefonjoker: eine Person aus der eigenen Gruppe darf befragt werden;
- Publikumsjoker: die ganze Gruppe überlegt gemeinsam;
- 50:50-Joker: die Spielleitung streicht zwei falsche Antworten;

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

Beispielfragen:

- 1.) Was ist das höchste Amt in der Bundesrepublik?
A: Bundeskanzler/in
B: Bundespräsident/in
C: Bundestagspräsident/in
D: Bundesratspräsident/in

- 2.) Wie heißt der amtierende Bundesratspräsident? (11/01-10/02)
A: Kurt Beck
B: Wolfgang Thierse
C: Johannes Rau
D: Klaus Wowereit

- 3.) Wer wählt den/die Bundespräsidenten/in?
A: Bundestag
B: Bundesrat
C: Bundesversammlung
D: Bundesregierung

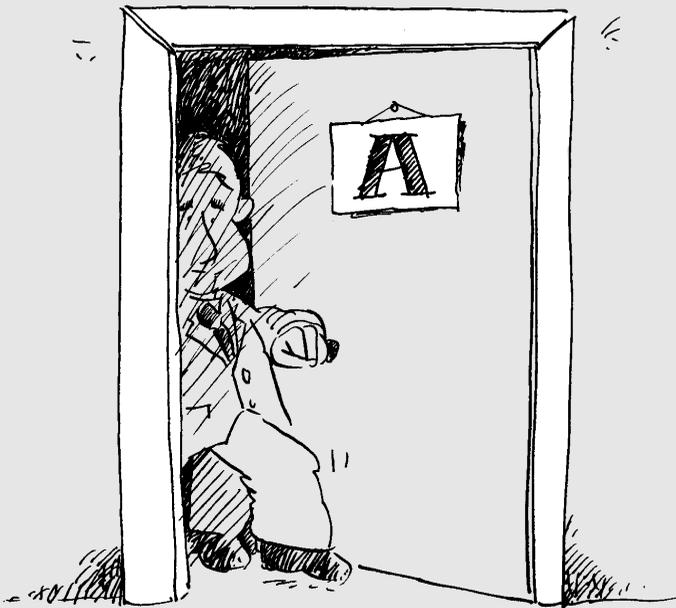
- 4.) Wie heißt der/die Bundesminister/in für Familie, Senioren, Frauen und Jugend?
A: Anke Eymer
B: Claudia Nolte
C: Dr. Christine Bergmann
D: Dr. Angela Merkel

- 5.) Was ist der Petitionsausschuss?
A: Ausschuss, der sich mit Verletzungen des Tierschutzes beschäftigt.
B: Ausschuss, der sich mit der doppelten Staatsbürgerschaft sowie Ein- und Ausbürgerung beschäftigt.
C: Ausschuss, der sich mit den Unterschieden der Rechtssprechung in den Bundesländern beschäftigt.
D: Ausschuss, der sich mit Bitten und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik beschäftigt.

- 6.) Was sind Direktmandate?
A: Abgeordnete, die durch die Erststimme direkt vom Wahlkreis gewählt werden.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

- B: Abgeordnete, die über die Landesliste direkt gewählt werden.
 - C: Abgeordnete, die durch die Zweitstimme direkt vom Wahlkreis gewählt werden.
 - D: Abgeordnete, die durch die Partei direkt gewählt werden.
- 7.) Was ist der „Hammelsprung“?
Form der Abstimmung, bei der...
- A: ... die Abgeordneten über ihren Stuhl springen müssen.
 - B: ... die Abgeordneten den Saal verlassen und durch bestimmte Türen wieder betreten müssen.**
 - C: ... die Abgeordneten mit farbigen Stimmkarten abstimmen müssen.
 - D: ... die Abgeordneten den Saal durch bestimmte Türen verlassen müssen.



4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

PLAN- UND SIMULATIONSSPIEL BUNDESTAG

(Das folgende Spiel wurde von Mathias Owerrin und Andreas Finke für die 1. Jugendpolitische Praxiswoche entwickelt. Es handelt sich um ein Simulationsmodell von Entscheidungsfindungen im politischen Raum. Das Spiel baut auf politische und demokratische Grundkenntnisse auf.)

Ziel: Verdeutlichung von (partei-)politischen Prozessen und politischer Meinungs- und Willensbildung am Beispiel Deutscher Bundestag.

Zeit: ca. 3-4 Stunden

Gruppen: eine Gruppengröße von 15-30 Personen scheint am sinnvollsten zu sein, allerdings ist sicherlich auch eine höhere Mitspielerzahl möglich.

Material: Stifte, Papier, Schilder mit den Namen der Parteien

Ablauf: *Ausgangssituation:*
Die TeilnehmerInnen versetzen sich in die Rollen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Die Teilnehmer des Spiels erhalten die Aufgabe, jeweils einen politischen Antrag zu formulieren. Die Jugendlichen werden Parteien zugeordnet, so dass Fraktionen entstehen. Die Aufteilung erfolgt gemäß dem gegenwärtigen Verhältnis der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Wichtig dabei ist, dass die „Regierungskoalition“ eine Stimmenmehrheit erhält. (Die Aufteilung muss nur tendenziell der derzeitigen Situation entsprechen. Wichtig ist, dass jeder Fraktion mindestens zwei „PolitikerInnen“ angehören.)
Ziel der Simulation ist es, insgesamt vier Anträge in die abschließende Plenardebatte einzubringen, diese den „PolitikerInnen“ im Plenum politisch argumentierend vorzustellen und eine Entscheidung über Anträge im Parlament herbeizuführen.

Spielphase 1: Fraktionsphase

Jede/r „PolitikerIn“ hat seinen/ ihren Antrag für sich vorberei-

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

tet. Die TeilnehmerInnen finden sich in den jeweiligen Fraktionen zusammen und diskutieren ihre einzubringenden Anträge. Ziel der Fraktionssitzungen ist es, Entscheidungen herbeizuführen, welche Anträge in das „Parlament“ eingebracht werden. Hierbei sollen die beiden großen Fraktionen sich auf jeweils zwei Anträge einigen. Die übrigen Parteien haben die Möglichkeit, nur einen Antrag in die Versammlung einzubringen. *Für diese Phase sind 40 Minuten vorgesehen.* Die Fraktionen haben die Möglichkeit, interfraktionelle Absprachen zu treffen. Allerdings muss diese Variation bei der Spielleitung angemeldet werden, da die Spielleitung nur solche Treffen einberufen kann.

Spielphase 2: Plenumsausprache

Die „PolitikerInnen“ treffen sich wieder im Plenum. Der/ die „BundestagspräsidentIn“, dargestellt durch eine/n LeiterIn, leitet die Versammlung. Die Fraktionen stellen ihre Anträge kurz vor (Anhörung). Der/ die „BundestagspräsidentIn“ entscheidet nun über die Anträge und lässt für die Plenumsdebatte insgesamt nur vier Anträge zu. *Für diese Phase sind ungefähr 20 Minuten im Plenum eingeplant.*

Spielphase 3: Strategiephase in den Fraktionen

Die „PolitikerInnen“ finden sich wieder in den Fraktionen zusammen. Eine Strategie für die anschließende Debatte soll abgesprochen werden. Hierbei kommt es besonders darauf an, SprecherIn und Inhalte abzustimmen. Dies gilt sowohl für die Vorstellung des eigenen Antrags als auch für die weiteren Anträge, die behandelt werden. Als weitere wichtige Aufgabe der Fraktionszusammenkünfte sollen Absprachen über Positionen zu den weiteren Anträgen getroffen werden. *Für diese Phase sind 30 Minuten eingeplant.* Auch hier besteht die Möglichkeit von interfraktionellen Zusammenkünften unter Berücksichtigung der Spielleitung.

Spielphase 4: Plenarsitzung

Die „PolitikerInnen“ finden sich wieder in der Plenarsitzung zusammen. Der/ die „BundestagspräsidentIn“ eröffnet und leitet die Sitzung. Die „FraktionssprecherInnen“ stellen die Anträge

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

vor. Zu jedem Antrag haben die anderen Parteien das Recht auf Gegenrede. Die Redezeiten sind jeweils durch den/ die „Bundestagspräsidentin“ vorzeitig zu beschränken. Bevor der jeweilige Antrag zur Abstimmung kommt, hat der Antragsteller das Wort. Die Anträge sind bei einfacher Mehrheit beschlossen. Die Möglichkeit der Rücknahme, Vertagung oder der Abänderung und Erweiterung besteht, wenn sie aus der Debatte der „PolitikerInnen“ selber entstehen. *Für diese Phase sind 30-45 Minuten vorgesehen.*

Spielphase 5: Rollenreflexion

Die Plenardebatte wird durch den/ die „Bundestagspräsidentin“ beendet. Die TeilnehmerInnen bleiben in ihren „PolitikerInnen“-Rollen und reflektieren ihre persönlichen Empfindungen kurz in der Großgruppe. *(Zeit: ca. 15 Minuten)*

Spielphase 6: Spielunterbrechung und Auswertung der Spiel- leitung

Während des gesamten Spiels hat die Leitung die Funktion der Beobachtung der politischen Prozesse. Sie analysiert kurz den Spielverlauf und stimmt sich für die kommenden Wortbeiträge bezüglich ihrer Beobachtungen ab. Leitfragen im „Feed Back Charakter“ sind: Wie wurde gestritten? - Wie wurde argumentiert? - Haben sich alle in den politischen Prozess eingebracht? - Wie hat die Regierungskoalition zusammen gearbeitet? - Gab es überparteiliche Absprachen? - Welches Bild hat die Opposition abgegeben? - Welchen Eindruck haben die einzelnen Politiker gemacht? - Wie ist gegebenenfalls Konsens entstanden? *(Zeit: ca. 20 Minuten)*

Spielphase 7: Beobachtungen

Die TeilnehmerInnen schildern (außerhalb ihrer PolitikerInnenrollen), was sie innerhalb des Spiels beobachtet haben. Die Leitung ergänzt die Beobachtungen und stellt zusammenfassend Vergleiche her. Das gesamte Spiel wird gemeinsam reflektiert und bewertet. *(Zeit: ca. 20 Minuten)*

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

„KOMM' UN' W@HL“-QUIZ

(Die Arbeitshilfe „Komm' un' W@hl“ wurde von der BDKJ-Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen zur Kommunalwahl 2001 in Niedersachsen erstellt. Das ausgesuchte Quiz findet Ihr in der Arbeitshilfe – und weitere gute Ideen dazu... Die Kolpingjugend im DV Osnabrück hilft Euch bei Interesse gerne weiter!)

Ziel: Kennen lernen und Auseinandersetzen mit politischen Positionen und deren Zuordnung zu bestimmten PolitikerInnen.

Material: Aussagen und Statements von PolitikerInnen aus der Region aus Interviews, Zeitungen, Veröffentlichungen oder von lokalen Wahlveranstaltungen.

Beschreibung: Schreibt aus den gesammelten Materialien aussagekräftige und markante Positionen der PolitikerInnen auf Karteikarten. Gebt eine Liste mit allen Namen der PolitikerInnen, von denen ihr Aussagen habt, vor. Jetzt bildet zwei Gruppen und befragt euch gegenseitig, wer welche Position vertritt. Versucht außerdem, die Positionen bestimmten Parteien zuzuordnen. Begründet eure Zuordnung.



4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

WAHLENTSCHEIDUNGSHILFE

Die Kolpingjugend im DV Aachen hat die Wahlentscheidungshilfe „Wer die Wahl hat...“ zur Landtagswahl 2000 in Nordrhein-Westfalen erstellt. Gefördert wurde die Broschüre aus Mitteln des Landesjugendrings NRW im Rahmen des Projektes „Politik begreifen“. Bestellen könnt ihr sie unter www.kolpingjugend-dv-aachen.de. Auf der Homepage der Aktion (www.politik-begreifen.de) ist zudem die gesamte Wahlentscheidungshilfe online zu lesen (Ihr müsst Euch durch folgende Links vorwärts klicken: Projekte ↗ Wildcard ↗ Kolpingjugend Aachen, Wahlentscheidungshilfe).

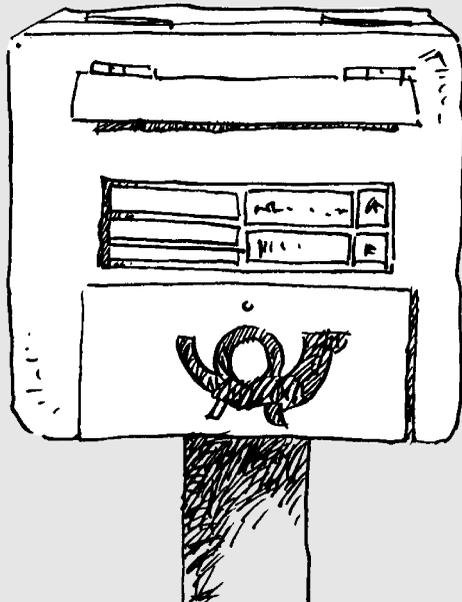
Die Wahlentscheidungshilfe hat zwei Teile, die unterschiedliche Arten der Vorbereitung benötigten: Der erste Teil erklärt das nordrhein-westfälische Wahlsystem. Hier wurde aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen, wie sich der Landtag zusammensetzt, was Direktmandate, die Landesreserveliste, Überhang-/ Ausgleichsmandate und die 5%-Hürde sind, wer wahlberechtigt ist, auf welche Arten gewählt werden kann, wann und wo die Wahl stattfindet, wie ein Stimmzettel aussieht, wie viele Kreuze jeder machen darf, wer gewählt werden kann, wie sich das Wahlergebnis errechnet und wie sich der Landtag in der vorherigen Legislaturperiode zusammengesetzt hat.

Im zweiten Teil der Wahlentscheidungshilfe geht es um die Positionen der zur Wahl stehenden Parteien. Hierzu wurde ein Fragebogen entwickelt, der an die Parteien mit der Bitte um Beantwortung verschickt wurde (die Aachener haben sich dabei auf CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und PDS beschränkt, wobei die SPD keine Antworten zurückgeschickt hat). Die Meinungen der Parteien zu den 32 Fragen aus den Themenfeldern Bildungs- und Arbeitspolitik, Jugendpolitik, Familienpolitik, Drogenpolitik, Umweltpolitik und Verkehrspolitik wurden nun bunt gewürfelt und in unterschiedlicher Reihenfolge den Leserinnen und Lesern präsentiert. Für die Lesenden gab es folgende Aufgabenstellung:

1. Nimm Dir einen Zettel, einen Stift und eine kleine Weile Zeit.
2. Lies Dir die erste Frage und die dazugehörigen Antworten in Ruhe durch.
3. Entscheide, welche Antwort mit Deinen Vorstellungen am ehesten übereinstimmt.
4. Notiere den Buchstaben mit der Zahl der Frage auf Deinem Blatt.
5. Gefallen Dir mehrere Antworten, kannst Du Dir auch mehrere Buchstaben notieren.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

- Ist Dir keine Antwort recht, notiere nichts.
- Gehe bei jeder der folgenden Fragen nach dem gleichen Prinzip vor.
- Bist Du am Ende des Fragenkataloges angekommen, so wende Dich der letzten Seite des Heftes zu. Hier findest Du in einer Tabelle die Zuordnung der Antworten zu den Parteien.
- Markiere dort, welche(n) Buchstaben Du Dir bei den einzelnen Fragen auf Deinem Blatt notiert hast.
- Vergleiche, in wie vielen Punkten Du mit den einzelnen Parteien einer Meinung bist.
- Solltest Du mit einer Partei überdurchschnittlich viele Übereinstimmungen haben, solltest Du ernsthaft darüber nachdenken, dieser Partei bei der nächsten Wahl Deine Stimme zu geben.
- Schneide mehrere Parteien gleich gut ab, entscheide nach den Antworten in den Bereichen, die Dir besonders wichtig sind.



4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

WER MUT ZEIGT, MACHT MUT!

„Wer Mut zeigt, macht Mut!“ ist eine Aktion der Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland in Kooperation mit der Kolpingjugend im Landesverband Bayern. Mit Plakaten, auf denen drei junge Menschen ihre Erfahrungen mit Fremdenhass, Intoleranz und Gewalt in ihrem persönlichen Umfeld darstellen (Samira, Martin und Adem), will die Kolpingjugend deutlich machen, dass es wichtig ist, Zivilcourage zu zeigen und Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Gewalt setzen.

Es ist mit der Würde von Menschen nicht vereinbar, dass manche glauben, sie seien etwas Besseres. Die Kolpingjugend will deutlich machen, dass jeder Mensch Abbild Gottes ist. Fremdenfeindlichkeit ist letztlich Menschenfeindlichkeit und das nimmt sie nicht hin. Zum anderen möchte unser Verband Anregungen an die Hand geben, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen, sensibel zu werden für fremdenfeindliche und rechtsextremistische Entwicklungen im eigenen Umfeld.

Es ist das Ziel, dass über die Plakate gesprochen wird, wenn in Gruppenstunden überlegt wird, welche Aktionen dazu gestartet werden können und jede und jeder Mut zeigt, wenn die Würde von Menschen mit Füßen getreten wird. Schließlich soll dazu motiviert werden, Zivilcourage zu zeigen, in der Gewissheit, dass Mut Kreise ziehen kann.

Außer den Plakaten gibt es noch Postkarten mit den drei Motiven, der (Fernseh-)Spot und eine Kurzdokumentation werden in Kürze fertiggestellt und an die Kolpingjugend auf allen Ebenen verteilt.

Wer mehr über die Aktion erfahren möchte, kann alles (auch über Unterstützer der Aktion) unter www.mut-zeigen.de erfahren.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

SKATEN FÜR JOBS

Die Kolpingjugend im DV Fulda hat zum Thema „Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit“ einen „Inliner Day“ unter dem Motto „Skaten für Jobs“ veranstaltet. Teilgenommen haben rund 300 jugendliche und erwachsene SkaterInnen. Die Strecke war 19 km lang und führte von Fulda nach Schmalnau. Mit dieser Aktion konnte das Thema Jugendarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins gerufen werden. Die Startgelder fließen mit in die Finanzierung einer Lehrstelle ein, die eine lokale Firma zur Verfügung gestellt hatte.

Zum Start kamen u.a. die VertreterInnen der Stadt, die die Aktion als Schirmherren begleiteten. Das Rahmenprogramm bestand aus Info-Tafeln des Arbeitsamtes, der Firma, die die Lehrstelle zur Verfügung stellt, und des Kolpingwerkes.

Am Abend schloss sich ein Jugendgottesdienst unter dem Thema „Solidarität mit den Opfern der Terrorkatastrophe in den USA und den jugendlichen Arbeitslosen“ an. Abgerundet wurde der Tag durch ein Benefizkonzert in einer Mehrzweckhalle, bei der eine Rock- und Soul-Big-Band einheizte.

Die Sponsorengelder und der Reinerlös der gesamten Aktion werden ebenfalls zur Finanzierung der zusätzlich geschaffenen Lehrstelle zur Ausbildung als Bürokauffrau verwendet.

Weitere Informationen zum „Inliner Day“ findet Ihr im Internet unter www.kolping-dv-fulda.de.

Zum gleichen Themenbereich hat der DV Fulda eine **Podiumsdiskussion** zum Thema „Jugend ohne Jobs“ durchgeführt. Übergeordnetes Thema waren Ursachen, Folgen und Lösungsansätze zur Problematik der Jugendarbeitslosigkeit. Insbesondere die Fragen des Publikums sollten im Zentrum der Veranstaltung stehen. Jede/r TeilnehmerIn sollte die Möglichkeit erhalten, Fragen an die auf dem Podium vertretenen Personen zu stellen. Eingeladen dazu waren vier PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

PROJEKT AUSBILDUNGSSTELLE

Mit dem „Projekt Ausbildungsstelle“ finanziert die Kolpingjugend im DV Essen einen zusätzlichen Ausbildungsplatz für eine benachteiligte junge Person. Die Ausbildungsstelle wurde im Verwaltungsbereich des Kolping-Berufsbildungswerkes Essen gGmbH, einer Einrichtung zur beruflichen Erstausbildung und Rehabilitation lernbehinderter junger Menschen, eingerichtet.

Die Kolpingjugend hat sich verpflichtet, die Ausbildungskosten in Höhe von ca. 73.000 DM aufzubringen (was sie übrigens zum Ende des Jahres 2001 schon fast geschafft hat!)

Hier drei beispielhafte Aktionen:

Event '99

Im Oktober 1999 erfolgte der offizielle Startschuss für das Projekt mit dem Event '99, „48 Stunden volle Platte – Anstellen fürs Einstellen“. Jugendliche spielten ein ganzes Wochenende hindurch ohne Unterbrechung Tischtennis. Jede gespielte Minute wurde dabei von Freunden, Verwandten oder Firmen gesponsert.

Arbeitsplätzchen

Bei Festen und Veranstaltungen verkaufte die Kolpingjugend selbstgebackene „Arbeitsplätzchen“. Die Zutaten waren auf dem Etikett nachzulesen: Engagement, Mut, Risikobereitschaft, Pflichtbewusstsein, ein offenes Ohr, Sensibilität, ein Quäntchen Glück und „Flagge zeigen“ in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit.

ArbeitsLose

Über einen längeren Zeitraum hinweg wurden Lose – eben ArbeitsLose – verkauft. Es wurden immer interessante Sofortgewinne (Kullis, Luftballons...) und tolle Hauptpreise (Essen mit der Diözesanleitung...) vergeben. Zur Versteigerung kamen schließlich Tischtennisschläger, die von dem Bundesarbeitsminister a.D. Dr. Norbert Blüm im Rahmen seiner persönlichen Unterstützung der Aktion unterzeichnet wurden.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

SPIELEKETTE „AGENDA 21“

(Die Spielekette wurde von Christine Roth und Daniela Ziegler aus der Kolpingjugend im DV Würzburg erarbeitet. Weitere Informationen dazu sind dort erhältlich.)

Ziel: Die Spielekette dient dazu, Kindern und Jugendlichen die Entstehung und Inhalte der Agenda 21 verständlich zu machen. Sie ist eine sinnvolle Aneinanderreihung von sechs Spielen, die miteinander verknüpft sind. Die unerwünschten Folgen des Fortschritts, der Industrialisierung äußern sich in der Umweltverschmutzung, im Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten, durch zunehmende Allergien bei den Menschen etc. Diese Entwicklung macht vielen Menschen Angst, doch trotzdem ist es bisher nicht gelungen, eine weltweite Initiative dagegen zu starten. Zu viele unterschiedliche Interessen stehen sich gegenüber und zu selten kommt das wahre Ausmaß dieser Bedrohung im Alltag zum Tragen.

Ablauf: *Spiel 1: Steinchen-Jenga*
Ein Korb wird am Wollfaden an einem Baum o.ä. in gut erreichbarer Höhe aufgehängt. Alle Mitspieler suchen sich Steinchen, die etwa die Größe von Murmeln haben, und stellen sich im Kreis um den Korb. Nun legt der Reihe nach jeder Mitspieler einen Stein in den Korb, bis der Wollfaden reißt, und der Korb herunterfällt. Der Mitspieler, bei dem der Faden reißt, hat verloren. Der/ die SpielleiterIn verdeutlicht den MitspielerInnen, dass nicht der Einzelne Schuld hat am Reißen des Fadens. Alle MitspielerInnen haben ihren Teil dazu beigetragen. Verlierer sind alle, da das Spiel aus ist und nicht mehr neu gespielt werden kann, weil der Faden gerissen ist.

Ähnlich wurde die Situation auf der Erde Ende der 80er Jahre gesehen. An der Krise, in der die Welt sich befindet, ist nicht ein einzelner Staat oder die Industrienationen oder die Entwicklungsländer Schuld, sondern alle tragen ihren Teil dazu bei. Auch dass das Gleichgewicht in der Welt nicht stimmte, wurde erkannt.

Die Vereinten Nationen (UN) beriefen im Jahre 1992 die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ein, an der 179 Staaten teil nahmen. Die Interessen dieser vielen Staaten unter-

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

schieden sich in höchstem Maße. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es am Ende, zu einer Einigung zu kommen.

Material: ein kleiner Korb, Wollfaden, Steinchen oder Murmeln

Spiel 2: Dirigenten-Spiel

Ein oder zwei Mitspieler sind die „Dirigenten“ und begeben sich außer Hörweite der Gruppe. Die Spielleitung verteilt unter dem Rest der Gruppe Teile des folgenden Satzes: „Lasst uns – aufhören – gegeneinander – zu arbeiten – und anfangen – gemeinsam – für eine – zukunftsfähige – Welt – einzutreten!“ Je nach Anzahl der Mitspieler kann der Satz auch anders gestückelt werden oder es werden bei mehr als 10 Mitspielern mehrere Leute zusammengestellt, die gemeinsam einen Satzteil sagen. Nun werden die Dirigenten wieder herbeigeholt. Sobald sie in Hörweite geraten, fangen alle an, ihren Satzteil zu sagen und immerzu zu wiederholen. Die Dirigenten haben nun die Aufgabe, die einzelnen Satzteile in eine sinnvolle Reihenfolge zu bringen. Sobald alle in einer Reihe stehen und die Dirigenten meinen, dass sie ihre Aufgabe richtig erledigt haben, folgt die Probe aufs Exempel: Alle sind ruhig und der Reihe nach sagt jeder seinen Satzteil auf. Evtl. müssen die Dirigenten dann noch einmal umstellen und korrigieren, bis der gesuchte Satz gefunden ist.

Am Ende der Konferenz von Rio sind die 179 Staaten sich also einig: Sie wollen gemeinsam für eine zukunftsfähige Welt eintreten und unterzeichnen alle die „Agenda 21“. „Agenda“ kommt vom Lateinischen „agere“, das bedeutet „machen, tun“ und die Zahl „21“ steht für das 21. Jahrhundert. „Agenda 21“ das ist also das, was im 21. Jahrhundert zu tun ist. Die Agenda 21 ist also nicht nur ein Vertrag, sondern ein Handlungsprogramm für das nächste – unser neues – Jahrhundert. Einzigartig an der Agenda 21 ist der neue, umfassende Ansatz. Zum ersten Mal wurde die enge Verknüpfung von Umweltschutz, Wirtschaftspolitik und Sozial- bzw. Entwicklungspolitik betont. Klar wurde, dass ein echter Erfolg nur entstehen kann, wenn alle Hand in Hand vorgehen.

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

Spiel 3: 3-Kräfte-Spiel

Die Mitspieler werden in drei etwa gleichgroße Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe bekommt ein Seil und knüpft es an den Ring, der um den Stock liegt. Nun stellen sich die Gruppen im 120° Winkel zueinander um den Stock auf. Sie haben jetzt die Aufgabe, die Seile zu spannen und dann gemeinsam den Ring nach oben zu befördern, ohne dass dieser den Stock berührt. Wenn der Ring den Stock berührt, beginnen die Mannschaften von Neuem, bis die Aufgabe geschafft und der Ring befreit ist.

Die drei Mannschaften in dem Spiel stehen symbolisch für die drei Bereiche der Agenda 21: Umweltschutz, Wirtschaftspolitik und Soziale Gerechtigkeit. Sie müssen im Gleichgewicht bleiben, um eine zukunftsfähige Welt zu ermöglichen. Wenn ein Bereich die Übermacht gewinnt, kann das gesamte System nicht funktionieren.

Die Agenda 21 ist mehr als nur ein abstraktes Staatenprogramm, das nur die Politiker angeht. Alle Bürger sind davon betroffen, und alle sind aufgefordert, sich aktiv an diesem Aktionsprogramm zu beteiligen.

Material: 3 gleichlange und gleichstarke Seile, ein Stock oder Pflock, der in die Erde gerammt ist oder in einem Topf mit Sand o.ä. steckt, ein Ring oder Reifen.

Spiel 4: Zeitunginsel-Spiel

Jeder Mitspieler erhält eine Zeitungs-doppelseite und alle verteilen sich im Raum bzw. auf dem Platz. Alle stellen sich auf ihre Zeitung, die einzelne Inseln darstellen. Natürlich wollen die Teilnehmer nicht so isoliert stehen bleiben, sondern aufeinander zugehen können. Dazu müssen Deiche gebaut werden. D.h. alle Mitspieler benutzen Teile ihrer Zeitungsseite, reißen diese ab und legen Deiche auf die anderen zu. Ziel ist es, dass alle sich gegenseitig erreichen und auf ihrer Insel besuchen können. Dies wird durch den Spielleiter überprüft, der immer wieder Mitspieler dazu auffordert, sich gegenseitig zu besuchen oder Platz zu tauschen.

Alle haben mitgemacht und sich beteiligt, um die „Bürger“ un-

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

tereinander zu vernetzen und zusammenzubringen. Entstanden ist ein Netzwerk, das gemeinsames und effektives Handeln ermöglicht. Dies kann nur gelingen, wenn alle mitmachen und sich keiner ausklinkt und wenn jeder etwas abgibt.

Material: Zeitungen

Spiel 5: Wandernder Luftballon

Die Mitspieler teilen sich in zwei Gruppen auf, die sich in Reihen gegenüber auf den Boden setzen, so dass jede/jeder eine/n PartnerIn hat. Am besten ziehen alle ihre Schuhe aus. Nun bekommt das erste Pärchen einen Luftballon, der symbolisch für die Erde steht, zwischen die Fußsohlen geklemmt. Dieser Luftballon muss nun von Pärchen zu Pärchen weitergegeben werden bis ans Ende der Reihe. Natürlich darf dabei der Ballon weder platzen noch auf den Boden fallen.

Gemeinsam haben wir es geschafft, unsere Erde eine Zeit lang aufrecht zu erhalten. Hätte jedoch nur einer aus dieser Kette seine Aufgabe nicht erfüllt, hätte das Experiment nicht gelingen können. Und wir mussten dabei sehr vorsichtig und umsichtig mit unserer Welt umgehen. Auch in unserem Alltag müssen wir darauf achten, dass wir sorgsam mit unserer Welt umgehen, um sie zu erhalten.

Material: Luftballon(s)

Spiel 6: Rücken-Scrabble

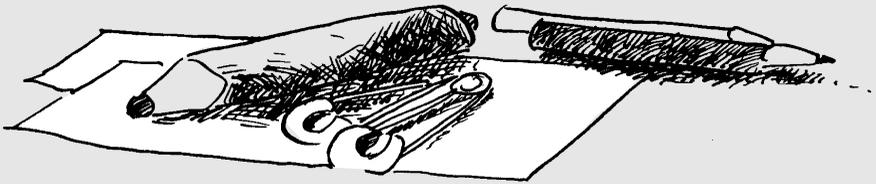
Je nach Größe wird das Spiel in der gesamten Gruppe oder in Kleingruppen gespielt. Die Gruppen sollten möglichst aus je sieben Mitgliedern bestehen. Jedem Gruppenmitglied wird nun ein Zettel mit möglichst je zwei der folgenden Buchstaben am Rücken befestigt: NA-CH-HA-LT-IG-KE-IT. Die Gruppen haben nun die Aufgabe, möglichst schnell herauszufinden, welches Wort sich auf ihren Rücken befindet und sich so aufzustellen, dass das Wort zu lesen ist.

Nachhaltigkeit: Dieses Wort stammt aus der Forstwirtschaft und bedeutet, es werden nur so viele Bäume abgeholzt, wie problem-

4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

los nachwachsen können. Übertragen auf die Agenda 21 bedeutet das, wir sollen lernen, so verantwortungsvoll mit den vorhandenen Ressourcen (Öl, Gas, Wasser, Luft, Artenvielfalt usw.) umzugehen, dass unsere Kinder und Enkelkinder noch genügend Rohstoffe zur Verfügung haben.

Material: Papier, Stifte, Klebeband oder Sicherheitsnadeln



4. KOLPINGJUGEND UND POLITIK

„FAIR TESTEN!“

(Das folgende Spiel hat der AK Öffentlichkeitsarbeit der Kolpingjugend im DV Würzburg im Jahr 2001 für ein Jugendfestival vorbereitet.)

Ziel: Die Teilnehmenden kommen miteinander ins Gespräch über fair gehandelte, ökologische und regionale Lebensmittel.

Material: Augenbinden, unterschiedliche Lebensmittel (siehe Ablauf), ggf. Zettel und Stifte, um Eindrücke festzuhalten

Ablauf: Blind werden in den jeweiligen Kategorien getestet:
ein „Billigprodukt“
ein Markenprodukt
ein fair gehandeltes/ ökologisches/ regionales Produkt

Die Probanden müssen erkennen, was was ist. Automatisch kommt man dabei in ein Gespräch über Vorstellungen von den verschiedenen Produkten.

Beispiele für solche Produkte sind Gummibärchen, Nuss-nougat-Creme, Kekse, Flips, Vollmilchschokolade, Cashew-Kerne.

Quellen zu verschiedenen politischen Themen

Positionen der Kolpingjugend zu verschiedenen politischen Themen, Berichte über Veranstaltungen und Links auf politische Internetseiten findet ihr im Internet unter www.kolping.de/jugend „Kolpingjugend und Politik“.

Interessant ist auch das Heft „Was ist Politik?“ von Gerhart Maier, Themen im Unterricht, Arbeitsheft 13 (1998), herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.

In dieser Reihe bisher erschienen sind:

- Themenheft 1:** JUGENDARBEITSLOSIGKEIT
Eine fast alltägliche Geschichte?
- Themenheft 2:** SPIRITUALITÄT HEUTE
Impulse und praktische Tipps für die Gruppenarbeit
- Themenheft 3:** MITGLIEDEROFFENSIVE!
Neuen Herausforderungen offensiv begegnen
- Themenheft 4:** ERLASSJAHR 2000
Entwicklung braucht Entschuldung
- Themenheft 5:** GERADEAUS UND DANN RECHTS...
Rechtsextremismus und Jugendgewalt
- Themenheft 6:** ADOLPH KOLPING
Vom Schuster, der nicht bei seinen Leisten blieb
- Themenheft 7:** WER FÜR ALLES OFFEN IST, KANN NICHT GANZ DICHT SEIN
Offene Formen von Jugendarbeit
- Themenheft 8:** WO NICHTS IST, KANN NOCH WAS WERDEN
Junge Erwachsene begleiten
- Themenheft 9:** EXPRESS YOURSELF - ONLY FOR GIRLS
Mädchenarbeit im Kolpingwerk
- Themenheft 10:** LEBEN ERLEBEN
Erlebnispädagogische Elemente in der Arbeit mit Gruppen
- Themenheft 11:** GENERATIONEN
Generationenübergreifende Arbeit

KOLPING IN 12 SÄTZEN

Kolping in 12 Sätzen

- Wir laden ein und machen Mut zur Gemeinschaft.
- Wir handeln im Auftrag Jesu Christi.
- Wir nehmen uns Adolph Kolping zum Vorbild.
- Wir sind in der Kirche zu Hause.
- Wir sind eine generationsübergreifende familienhafte Gemeinschaft.
- Wir prägen als katholischer Sozialverband die Gesellschaft mit.
- Wir begleiten Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Bildung.
- Wir eröffnen Perspektiven für junge Menschen.
- Wir vertreten ein christliches Arbeitsverständnis.
- Wir verstehen uns als Anwalt für Familie.
- Wir spannen ein weltweites Netz der Partnerschaft.
- Wir leben verantwortlich und handeln solidarisch.